

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis prämienreiches Vierteljahr 3.50 RM. monatlich 1.10 RM. wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonelle oder deren Raum 20 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beschlusungs-Anzeigen 30 Pf. Kleine Anzeigen, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zweiwöchige 20 Pf. gedruckt Wort), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 24. Juni 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Rückzug der Russen auf der ganzen mittelgalizischen Linie.

## Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 23. Juni 1915, vormittags. (W. L. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Gestern nahmen wir die Festung Dünkirchen sowie feindliche Truppenansammlungen bei den Ortschaften Bergues, Hondshoote, Furnes und Cassel unter Feuer.

Bei Givenchy dicht nördlich des Kanals von La Bassée und bei Neuville wurden Angriffe durch unser Artilleriefeuer im Keime erstickt. Südlich von Souchez machten wir im Grabenkampf gute Fortschritte.

Auf den Maashöhen setzten die Franzosen ihre Durchbruchversuche ohne den geringsten Erfolg fort; sämtliche Angriffe wurden unter erheblichen Verlusten für den Feind abgeschlagen.

Bisher machten wir 280 unverwundete Franzosen, darunter 3 Offiziere, zu Gefangenen und erbeuteten 7 Maschinengewehre sowie 20 Minenwerfer.

Die Vorpostengefechte östlich von Luneville dauern noch an. In den Vogesen stürmten wir die seit Monaten heiß umstrittene, die Umgebung beherrschende Höhe 631 bei Van de Sapt. 193 Gefangene, 3 Maschinengewehre, 1 Minenwerfer und anderes Material waren unsere Beute. Feindliche Wiedereroberungsversuche blieben erfolglos.

Südlich von Neuville brachte ein unserer Kampfflugzeuge einen feindlichen Krieger zum Absturz.

Die amtliche französische Meldung, daß sich belgische Truppen im Süd-Westen von St. Georges eines deutschen Schützengrabens bemächtigt hätten, ist glatt erfunden.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Lemberg wurde gestern nachmittags durch österreichisch-ungarische Truppen im Sturme genommen, daran anschließend nachts die Szezerel-Stellung zwischen dem Dnjestr bei Mikolaj, bei Mikolajow und Lemberg. Weiter nördlich ist in der Verfolgung die Linie östlich von Lemberg—Zoltance—Turyuka (nordöstlich von Zolkiew) erreicht bei Rawa-Ruska und westlich davon ist die Lage unverändert.

Im San-Weichselwinkel und links der oberen Weichsel beginnen die Russen zu weichen. Oberste Heeresleitung.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 23. Juni 1915. (W. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 23. Juni 1915:

### Russischer Kriegsschauplatz.

Die Nordwest- und die Westfront des Gürtels von Lemberg waren im Zuge der russischen Verteidigungsstellen Zolkiew—Mikolajow von starken russischen Kräften besetzt. Um fünf Uhr vormittags des 22. Juni erstürmte Wiener Landwehr das Werk Rzezna an der Straße Janow—Lemberg. Von Nordwest drangen zu dieser Zeit unsere Truppen über die Höhen östlich des Rynowka-Baches vor und erstürmten einige Schanzen vor Dnja-Gora. Im Laufe des Vormittags wurden im weiteren Vordringen gegen die Stadt die übrigen Werke und Verteidigungsanlagen der Nordwest- und der Westfront in blutigem Kampfe genommen. Hierdurch war die russische Front neuerdings durchbrochen, der Feind, der abermals schwere Verluste erlitt, zum Rückzuge gezwungen. Unsere Truppen drangen in der Verfolgung bis über die Höhen östlich und nordöstlich der Stadt vor und überschritten südlich Lemberg die Straße, die nach Mikolajow führt.

Unter dem Jubel der Bevölkerung zog der General der Kavallerie Boehm-Ermolli um vier Uhr nachmittags mit Truppen der zweiten Armee in Lemberg ein.

Auch bei Zolkiew und östlich Rawa-Ruska sind die Russen im Rückzuge. Vereinzelt Vorstöße des Gegners am Tanew wurden abgewiesen. Heute nacht trat der Feind zwischen San und Weichsel sowie im Berglande von Kielce den weiteren Rückzug an, überall verfolgt von den verbündeten Truppen.

Am Dnjestr ist die allgemeine Lage unverändert.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Zu dem nun abgelaufenen ersten Kriegsmonat haben die Italiener keinen Erfolg erzielt. Unsere Truppen im Südwesten behaupten, wie zu Beginn des Krieges, ihre Stellungen an oder nahe der Grenze. An der Isonzofront am besetzten Grenzraum Flitsch-Malborghet, am Isonischen Kamm und an allen Fronten von Tirol brachen sämtliche Versuche feindlichen Vordringens unter schweren Verlusten zusammen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

### Zur Rückeroberung Lembergs.

Berlin, 23. Juni. (W. L. B.) Ueber die Zurückeroberung von Lemberg berichtet uns ein Korrespondent: Nachdem die Armee Radens den Feind gestern im Norden erneut geschlagen hatte, und nachdem heute morgen die Südforts der während der Besetzungszeit neugeschaffenen starken Befestigungen erobert worden waren, haben die Russen in der Mittagsstunde die galizische Hauptstadt geräumt. Mit dem Glockenschlage 12 zogen die Spitzen der verbündeten Armee in das von zehnmonatiger Fremdherrschaft befreite Lemberg ein, von der Bevölkerung mit unbeschreiblichem Jubel begrüßt, mit Blumen überschüttet, unter endlosen Hochrufen auf Oesterreich-Ungarn und Deutschland, dem jeder besonderen Dank zum Ausdruck bringen möchte. Außerordentlich hat die Stadt nicht besonders gelitten. Nur im Westen wütet ein ungeheurer Brand, da die Russen vor ihrem Abzug den Bahnhof und alle benachbarten Fabriken, Petroleum- und Benzinlager in Brand gesteckt haben. Während der letzten drei Tage hatte die Bevölkerung besonders schwer zu leiden. Alle Männer von 18 bis 50 Jahren wurden festgenommen. Wer sich nicht rechtzeitig verstecken konnte, wurde von den Russen mitgeschleppt.

## Die Lebensmittelversorgung.

Die Regelung der Versorgung Deutschlands mit der neuen Ernte soll endlich getroffen werden. Die Blätter finden Konferenzen der leitenden Reichs- und Landesbeamten an. Die Kriegsgetreidegesellschaft ist von der Regierung unterrichtet worden, daß die Vorschläge des Deutschen Landwirtschaftsrates, die auf ihre Befestigung hinauslaufen, kein Gehör finden werden, daß die Kriegsgetreidegesellschaft also fortbestehen wird. Die preussischen Städtevertreter im Herrenhaus, in deren Namen der Berliner Oberbürgermeister Vermuth die Regierung energisch zu interpellieren drohte, ließen von ihrem Beginnen ab und beschränkten sich, die Zurückziehung ihrer angekündigten Anfrage zu motivieren:

„Deshalb machen die Vertreter der Städte mit besonderer Besorgnis darüber, daß nicht die ländlichen Bezirke lediglich den nach der unzuverlässigen Statistik vorhandenen rechnerischen Ueberschuß abzuleisten brauchen, und daß besonders auch hinsichtlich der Güte des von den Ueberschußkreisen abzugebenden Getreides nicht diese allein zu entscheiden haben, sondern daß eine Gegenkontrolle durch ein Organ stattfindet, in dem die Verbraucherinteressen gebührenden Einfluß besitzen. Dieses Organ ist die Kriegsgetreidegesellschaft, und ihr Fortbestehen unter gebührender Mitwirkung der Verbraucher und darunter besonders der Städte, ist für diese eine unerlässliche Notwendigkeit. Dem Ausschusssrat der Kriegsgetreidegesellschaft ist von der Reichsleitung kein Zweifel darüber gelassen, daß diesen Anforderungen in der neuen Regelung wird Rechnung getragen werden. Der Inhalt der seit Einbringung der Interpellation Vermuth gepflogenen Beratungen hat das bestätigt, wenn auch gewiß in manchen Punkten eine weitergehende Sicherung der Verbraucher hätte erhofft werden dürfen.“

Leider wird sich die Reichsregierung über die Kriegsgetreidegesellschaft erst schlüssig, nachdem der Reichstag in die Ferien gegangen ist, obwohl ein Grund für diese bedauerliche Verzögerung nicht zu entdecken ist. Schon am 14. Mai hatte der Deutsche Landwirtschaftsrat eine Dezentralisierung der Versorgung Deutschlands mit Brotfrucht gefordert und verlangt, daß die eigentlichen Entscheidungen über die Lebensmittelfürsorge in die Hände der Landeszentralbehörden gelegt werden. Eine Woche später hatte der Vorstand des Deutschen Städtebundes in einer scharfen Entschließung sehr begründete Einsprüche gegen den Versuch des Deutschen Landwirtschaftsrates erhoben, die Lebensmittelfürsorge durch Abschaffung der Kriegsgetreidegesellschaft und Verlegung des Schwergewichtes in die von den Produzenten beherrschten Kommunalverbände und Landesverwaltungen zu legen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat verlangt, daß die dem Bundesrat erteilten Befugnisse, soweit sie sich auf Festsetzung von Höchstpreisen für Lebensmittel beziehen, vom 1. August dieses Jahres auf einen Ausschuss für Lebensmittelversorgung übergehen, der aus zwölf vom Bundesrat und zwölf vom Reichstag ernannten Mitgliedern und einem vom Reichskanzler ernannten Vorsitzenden besteht. Die materielle Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung im nächsten Erntejahr sollte einer Reichsstelle für Lebensmittelversorgung übertragen werden, die unter Aufsicht des Reiches und des Ausschusses für Lebensmittelversorgung gestellt wird. Der Reichsstelle für Lebensmittelversorgung werden die Reichsverteilungsstelle und die Reichsstelle für Kartoffelversorgung eingegliedert und die Kriegsgetreidegesellschaft als Organisation der Verbraucher angegliedert. Diese wohlbedachten Anträge sind vom Reichstag abgelehnt worden, der sich begnügte, die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Kartoffeln im neuen Erntejahr zu fordern. Da der Reichstag erst im August wieder zusammentritt, hat er sich selbst auch das kümmerliche Recht der nachträglichen, hilflosen Kritik beschränkt und der Reichsregierung einen Blankoscheck ausgehändigt. Die Behörden sind aber, wie die wiederholten Erhöhungen der Höchstpreise, die die ganze Gegend umherhinfällig und zwecklos machen, schlagend beweisen, gegenüber dem bohrenden Drängen mächtiger Produzentengruppen nicht immer widerstandsfähig genug.

Im Mittelpunkt des Streites steht die Kriegsgetreidegesellschaft. Sie ist als Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Kapital von 50 Millionen Mark gegründet worden. Gesellschafter sind die deutschen Bundesstaaten,

48 Großstädte und 13 großindustrielle Unternehmen. Mit Verordnung vom 25. Januar 1915 wurden mit Wirksamkeit vom 1. Februar 1915 für sie alle im Reich vorhandenen Vorräte von Roggen und Weizen als beschlagnahmt erklärt.

Die Kriegsgetreidegesellschaft hat manche Fehler begangen, die von den Vertretern der Verbraucher scharf gerügt und auch von der Regierung zugegeben wurden: zu hohe Mehlpreise, schlechte Frachtdispositionen, zu hohe Gehälter der Beamten, mangelnder Ueberblick über Bedarf und Deckung. Doch darf der billig denkende Richter nicht die Schwierigkeiten der in kurzer Zeit zu bewältigenden Miesenaufgabe verkennen — Schwierigkeiten, die durch den zähen Widerstand dieser oder jener kurzfristigen Interessentengruppe leider noch sehr verschärft worden sind.

Zwei Mängel hatten der Kriegsgetreidegesellschaft unzulänglich an: eine zu straffe Zentralisation und eine mangelnde Kontrolle ihrer Geschäftsgebarung durch das Reich. Sie ist mit obrigkeitlichen Rechten ausgestattet, tritt mit den bundesstaatlichen Behörden in direkten Verkehr und ist doch in hohem Grade selbständig, obwohl das Reich durch einen Kommissar vertreten ist.

Jede Dezentralisation ruft aber schwere Gefahren herauf: daß die Verbraucher ausgeschaltet und auf das angewiesen werden, was ihnen die Erzeuger zuteilen, daß bei dem die Landwirte drückenden Mangel an Futtermitteln nicht alles mahlfähige Getreide der Ernährung der Menschen zugeführt wird, daß, wie der Deutsche Landwirtschaftsrat in seinem Statutenentwurf der Reichsüberwachungsstelle an die Budgetkommission des Reichstags verlangte, die Festsetzung der Höchstpreise und der für Stadt und Land verschiedenen Getreidemengen auf den Kopf der Bevölkerung den Erzeugern vorbehalten wird, kurz und gut, daß der sehnliche Wunsch des preussischen Landwirtschaftsministers erfüllt werde, es möge eine Organisation der Produzenten ins Leben gerufen und ihr die Versorgung der Bevölkerung mit dem nötigen Brotgetreide übertragen werden!

Die Dezentralisation ist notwendig, um die Sicherung der Ernte, das Ausdreschen, die Entnahme und Bezahlung des Getreides nach Möglichkeit berechtigten Wünschen der Landwirte anzupassen. Doch muß eine jede Dezentralisation zur Erzielung der besten Wirkung durch zentrale Instanzen ergänzt werden, soll nicht die ausschließliche Geltung des dezentralisierenden Prinzips wirtschaftlich und verwaltungstechnisch von üblen Folgen begleitet sein. Darum ist eine ausreichende und wirksame Kontrolle der Erzeuger durch die Verbraucher von selbstverständlicher Notwendigkeit. Die preussischen Städtevertreter im Herrenhaus versichern, daß eine solche Kontrolle gewährleistet ist, geben aber keine näheren Details und erwidern sogar schwere Bedenken durch den tadelnden Nachsatz, daß „auch gewiß in manchen Punkten eine weitergehende Sicherung der Verbraucher hätte erhofft werden dürfen“.

Die Lebensmittelversorgung ist eine Lebensfrage des deutschen Volkes, ist es umso mehr, als die Ernte, wie im preussischen Abgeordnetenhaus vom Berichterstatter der Budgetkommission, Dr. Hoesch, offen erklärt worden ist, „mäßig“ ausfallen wird. Die preussischen Städtevertreter im Herrenhaus haben ihre Interpellation über diese Lebensfrage mit dem Bemerkten zurückgezogen, daß manches Bedenken zerstreut worden ist, daß aber eine weitergehende Sicherung der Verbraucher hätte erhofft werden können. Das war in jedem Fall zu wenig gesagt.

## Westlicher Kriegsschauplatz.

### Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 23. Juni. (W. L. B.) Die letzte Mitteilung des Großen Generalstabes besagt: Unsere Kavallerie nahm am 19. Juni in der Gegend von

Szawle auf der Straße zwischen den Dörfern Lelische und Laufnische hinter der Front des Feindes einen wichtigen feindlichen Transport, der zum Teil Patronen führte, fort, verbrannte ihn und säbelte die starke Bedeckung nieder, vernichtete auch mehrere Jägerabteilungen und Kavalleriepatrouillen. In dem heftigen Kampfe am Ringowafusse am 21. Juni machte unsere Infanterie Fortschritte.

Westlich vom Njemen, an der Narewfront und links der Weichsel herrschte Ruhe. Am Lanev überschritt unsere Infanterie in der Nacht zum 20. Juni plötzlich den Fluß beim Dorfe Ossulha und machte ein Bataillon des 82. österreichisch-ungarischen Regiments mit dem Bajonet nieder. In der folgenden Nacht warfen wir einen heftigen Angriff des Feindes nördlich der Linie Gzessanow—Rawa—Ruska zurück, nahmen in diesen Kämpfen 840 Mann mit 23 Offizieren gefangen und erbeuteten drei Maschinengewehre.

In der Richtung Lemberg Gewehrfeuer.

Am Dnjestr trugen wir einen beträchtlichen Erfolg aufwärts von Nizniow davon. Die Österreicher hatten erhebliche Streitkräfte den Dnjestr überschreiten lassen, mit welchen unsere Truppen seit dem 15. Juni an der Front Ostra—Korobek—Kosmerzin—Suwidow—Wosilow—Unisch in erbittertem Kampfe standen; bei Anbruch des 21. Juni endigte dieser Kampf mit einem vollen Erfolge für uns. Unsere Infanterie nahm eine Reihe stark verschanzter Gutsböfe im Sturm und eroberte das Dorf Suwidow, wo der Feind erbitterten Widerstand leistete. Wir machten hier über 3500 Gefangene und erbeuteten viele Maschinengewehre. Der Feind ging in voller Auflösung über den Dnjestr zurück. Unsere Kosaken hielten sich an den fliehenden Feind, drangen über vier feindliche Brücken über den Fluß und verfolgten auf dem rechten Ufer weiter. Bei den Dörfern Korobek und Kosmerzin ist der Feind gleichfalls auf dem Rückzuge.

Bei Jozawa und der Stadt Palestschki hält sich der Feind in der letzten Verteidigung hinter seinen Drahtverhau in der Nähe des Dnjestr. In der Nacht zum 21. Juni wurden die Dörfer Salamutowka, Rzewentsh und Gromeszy, welche während des heftigen Kampfes mehrfach den Besizer gewechselt hatten, durch einen neuen Ansturm von uns genommen. Wir machten ungefähr 1000 Gefangene, darunter den Kommandanten der 42. Sonvedbrigade, und erbeuteten viele Maschinengewehre.

## Westlicher Kriegsschauplatz.

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 23. Juni. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Dünkirchen wurde heute nacht von weittragendem Geschütz beschossen. Dierzehn Granaten fielen auf die Stadt. Einige Personen der Zivilbevölkerung wurden getötet. Belgische Truppen bemächtigten sich südwestlich von St. Georges eines deutschen Schützengrabens, dessen Verteidiger alle getötet oder gefangen wurden. Im Abschnitt von Arras griff der Feind im Laufe der Nacht nach einer Artilleriebeschichtung von großer Heftigkeit an mehreren Stellen an. Er wurde überall völlig zurückgeworfen, außer im Südosten, wo es ihm gelang, in einem Grabenstücke wieder Fuß zu fassen. Im Gebiete des Labyrinth erlitt der Feind schwere Verluste. Deutsche Gegenangriffe, die gestern abend gegen die Stellung unternommen wurden, die wir östlich von der Duenneviersfarm erobert hatten, wurden durch Infanterie- und Artilleriefeuer unterbunden. Der Feind wandte eskandende Bomben an. In den Argonnen in der Nähe der Straße Dinardville-bienne-lechateau ist die Lage unverändert. In Lothringen verbreiteten wir durch einen neuen Angriff unsere Stellungen auf dem Grate östlich von Reillon um 300 Meter. Wir besetzten die Höhen südlich von Remabois. Gegenangriffe, die

von Leintrey ausgingen, warfen wir leicht zurück, ebenso einen Gegenangriff südöstlich von Parroy. Wir machten dort Gefangene. Nördlich und südlich von Meyeral stießen wir über die Ortschaft hinaus vor, wir gewannen auch jenseits des Anlafwassens im Gebiet von Sondernach Gelände. Wir machten Gefangene und erbeuteten drei Maschinengewehre.

Paris, 23. Juni. (W. L. B.) Gestern abend wurde amtlich bekanntgegeben: Im Laufe des Vormittag wurden noch etwa fünfzehn Schuss auf Dünkirchen abgefeuert; unsere schweren Batterien nahmen das feindliche Geschütz, welches das Bombardement ausführte, unter Feuer. Im Gebiete nördlich von Arras hörten die deutschen Gegenangriffe gegen Morgen auf; im Laufe des Tages fand nur ein außerordentlich lebhafter Geschützkampf zwischen Souchez und Scurie statt. In der Champagne brachte der Feind in der Nähe von Perthes einige Minen zum Springen, jedoch ohne Ergebnis. Auf den Maasböden machten die Deutschen am Graben von Calonne am Ende der Nacht einen heftigen Angriff, um die von ihnen verlorenen Stellungen wieder zu nehmen; sie konnten aber nur einen Teil ihrer früheren zweiten Schützengrabenslinie wieder besetzen. Durch einen Gegenangriff von unserer Seite kam diese Linie von neuem fast gänzlich in unsere Hände. Die Gefangenen, welche wir in diesen Gebieten seit dem 20. Juni gemacht haben, zählen 3 Offiziere 220 Mann. Im Woivre wurde in der Nähe von Marcheville eine halbe Kompagnie der Deutschen, welche einen verlassenen Schützengraben zwischen den beiderseitigen Stellungen wieder zu besetzen suchte, durch unser Feuer zerstreut. In Lothringen wurde ein feindlicher Gegenangriff östlich von Leintrey durch unser Geschützfeuer zum Stehen gebracht. In den Vogesen sind wir zwischen den beiden Armen der Ficht in Richtung Sondernach weiter vorgerückt.

## Hervés Enttäuschungen.

Paris, 23. Juni. (W. L. B.) Hervé erklärt in der „Guerre Sociale“, Frankreich durchläufe augenblicklich schwere Stunden. Der Rückzug der Russen, der Munitionsmangel der Engländer, das Versagen der erhofften großen Frühjahrsoffensive an der französischen Front, vor allem aber das Mißlingen der Aushungerung Deutschlands bedeuteten schwere Enttäuschungen für die öffentliche Meinung Frankreichs. Die unerwartet große Widerstandskraft der Zentralmächte mache alle Berechnungen zunichte. Man müsse deshalb alle Mittel anwenden, um das Ende des Krieges zu beschleunigen. Hierzu sei vor allem notwendig, daß Rußland weniger hartnäckig wäre und nicht zögerte, die Intervention Rumäniens durch Gebietsenträumungen herbeizuführen, denn der Besitz von Konstantinopel würde für Rußland eine genügende Entschädigung sein. Ferner müsse man ein Eingreifen Japans um jeden Preis herbeiführen. Es sei traurig, denken zu müssen, daß England die Bestimmungen des Bündnisses mit Japan längst zur Wirksamkeit gebracht hätte, wenn der Feind in England stünde und die englische Armee unfähig wäre, den Eindringling allein zu verjagen. Man scheine sich in den alliierten Staaten keine Rechenschaft darüber zu geben, wie sehr Frankreich wünsche, den deutschen Militarismus zu brechen, ohne einen neuen Winterfeldzug führen zu müssen.

## Mißbrauch deutscher Uniformen.

Berlin, 23. Juni. (W. L. B.) Wie durch eidliche Aussage von 15 deutschen Soldaten festgestellt ist, haben die Engländer am 18. Mai bei La Bassée an ihrem Schützengraben eine Fahne mit den deutschen Farben aufgezogen und in deutschen Uniformen, bekleidet mit deutschen Helmen, Mänteln und Tornistern, die deutschen Truppen angegriffen.

## Vom nordöstlichen Kriegsschauplatz.

### An der Dubissa.

Kosfienie, 30. Juni 1915.

Kosfienie gehört als einer der wichtigsten Knotenpunkte westlich der Dubissa zu einem der heiß umkämpften Plätze vor der vielbesprochenen Front, an der in den letzten Wochen sehr zahlreiche, verhältnismäßig zwar kleine, aber ungewöhnlich blutige Gefechte stattgefunden. Soldaten, die vor dem auf anderen Kriegsschauplätzen gekämpft haben, versichern, daß sie hier an der Dubissa das furchterlichste Gemälde gegnerischer Kräfte, das entsetzlichste Blutvergießen erleben. Oft liegen die Toten reihenweise auf dem Schlachtfelde, gerade so, als wären sie zu einer Parade dort hingelegt worden. Aber es sind die Körper der plötzlich im Feuer der Deutschen zusammengebrochenen, auf die gegnerischen Stellungen anstürmenden Russen. Und dieses Hinschlachten dauerte nicht einige Tage; seit Wochen kommt es fast täglich zu blutigen, opferreichen Gefechten. Selbstverständlich erheben sie auch von uns Opfer; auch mancher Deutschen Blut fließt an der Dubissa. Aber ungleich größer ist der Einsatz der Russen. Und obwohl die russischen Heerführer längst erlaubt haben müßten, daß die deutschen Hauptstellungen selbst bei einer vielfachen Ueberlegenheit an Kräften fast unannehmbar sind, schiden sie immer wieder Kolonnen in das vernichtende Feuer unserer Artillerie hinein. Man darf nicht übersehen, daß unsere eigentlichen Verteidigungsstellen oft ziemlich weit hinter der Kampffront zurückliegen. Die Hauptbesetzungen werden in dem für eine Verteidigung günstigen Gelände angelegt. Wenn die Kampffront über diese Linie hinausgetragen wird, dann nicht zu dem Zwecke eines weiteren Geländegewinnes, sondern in der Absicht, die gegnerischen Kräfte zu schwächen. Wie erfolgreich man dabei ist, beweist die schrecklich große Zahl der auf den Schlachtfeldern zurückgelassenen Toten, sowie die langen Jüge der abtransportierten Verwundeten und Gefangenen. Ob die Grenze des besetzten Gebietes einige Kilometer weiter nach dem Osten vorgeht wird oder nicht, das ist für Deutschland militärisch und politisch ziemlich gleichgültig; bei allen weiteren Aktionen kommt es, wie bemerkt, nur noch darauf an, den Gegner zu schlagen, ihn dadurch zu zwingen, wichtige Positionen zu räumen. Bei dem Stande der Dinge an der Dubissa können die Russen aller Voraussicht nach die Deutschen höchstens vorübergehend auf ihre meistens nur wenige Kilometer weiter westlich liegende Hauptverteidigungsstellung zurückdrängen; das aber nur unter schweren Verlusten für sie selbst und nur an einzelnen Punkten. Ich habe in den letzten Wochen das Gebiet hinter der Kampffront wiederholt besucht, beobachtet, wie die Verteidigungsstellungen immer stärker ausgebaut wurden, sah, daß die Verteidigungstechnik im Krieg selbst gewaltige Fortschritte gemacht

hat, und halte ein Durchbrechen der Russen, ein nochmaliges Durchfallen russischer Truppen in Ostpreußen auch dann für ausgeschlossen, wenn sie eine den Deutschen drei bis vierfach überlegene Nacht ansetzen können, und wenn sie über gut ausgebildete Soldaten verfügen, wovon aber wenigstens jetzt im allgemeinen keine Rede mehr sein kann. An nachhaltige militärische Erfolge glauben die Russen auch kaum selbst noch; gefangene russische Offiziere und einfache Soldaten erklären nun gewöhnlich, daß sie von einer gründlichen Niederlage Rußlands überzeugt seien. Nur selten noch hört man eine gegenteilige Meinung. Wenn trotzdem an der Dubissa, wie überhaupt an der Ostfront, Stunde um Stunde russische Soldaten vorwärts getrieben werden, wenn sie in schauerlich großer Zahl zu Tode getroffen oder verwundet niedersinken, dann hat die russische Heeresleitung dabei wohl nur noch das Ziel im Auge, das eigene Volk im Glauben an russische Siegesmöglichkeiten zu erhalten.

Nachdem der Vorstoß der Russen aus Komno über Szaki zusammengebrochen war, entwickelten sie eine verschärfte Offensive an der Dubissa. Die letzten Tage haben besonders blutige Zusammenstöße gebracht. Auf der Fahrt von Niksi nach Kosfienie begegnet uns auf der großen Chappentstraße über Skaudwile und ein großer Haufen von Verwundeten und gefangenen Russen. Von einem langen Jüge von Verwundeten erfuhr ich, daß die letzten Kämpfe ungewöhnlich viel Opfer gefordert haben; Die Russen fielen wie die Fliegen; aber auch wir mußten Blut lassen.“ — Die Straße hat sich in den zehn Tagen, seit ich sie zum letzten Male besah, sehr zu ihrem Vorteil verändert. Damals mühten die Wagen noch an vielen Stellen im Schlamm zu fahren, um nicht in gefährliche Löcher hineinzufahren. Nun gleicht die Straße bis Niksi schon annähernd einem guten Landwege in Ostpreußen. Das will viel heißen. Die russische Chaussee, das heißt eine durch Straßen grundlosen Sandes unterbrochene Kette aneinandergereihter Löcher, die zudem durch Böden und Schluchten führt, in eine ohne Gefahr zu benutzende Straße zu verwandeln, das erfordert Unsummen von Arbeit. Die Straßenverbesserung erleichtert nicht nur den Verkehr der Kolonnen, die Munition, Lebensmittel, Proviant usw. an die Front bringen, sie ist auch eine Wohlthat für die Verwundeten, die nun nicht mehr auf entsetzlich holprigen Wegen durcheinander gerüttelt werden. Selbstverständlich können auch die marschierenden Truppen auf guten Wegen besser vorwärts kommen als auf schlechten. — Immer noch wird an der Verkehrsverbesserung gearbeitet. Die Militärverwaltung sieht dazu auch weibliche Arbeitskräfte heran und entlohnt sie mit 150 R. für eine Arbeitswoche. Vor Skaudwile sah ich eine größere Zahl von vorwiegend jüngeren Witauerinnen mit der Schaufel hantieren. Sie lachten und lustig an, und als sich der Kriegsfotograph mit seinem Apparat auf sie wandte, machten sie übertrieben freundliche Gesichter, um schon auf das Bild zu kommen. — Auch die Läden in Litauen haben ein anderes Aussehen bekommen. Von ihrer Ueberreiztheit und Unsauberkeit bühnen sie allerdings nur wenig oder gar nichts ein; aber man sieht jetzt vorwiegend nur noch deutsche Waren, der Nachschub aus Rußland ist naturgemäß ausgeblieben. Leider sind

die aus Deutschland herangebrachten Waren, wie Schokolade, Zigarren und Zigaretten, Zucker, Kaffee, Seife, Bonbons usw. erheblich teurer als jenseits der Grenze; auch will mir scheinen, als ob man gerade keinen Stolz darin suche, Qualitätsware in das besetzte Gebiet zu bringen. Sehr erbaut sind die deutschen Soldaten von dergleichen Wahrnehmungen gerade nicht. In Kosfienie ist jetzt ein guter Markt für Lebensmittel. Dieses in der Entwicklung sehr zurückgebliebene Städtchen mit engen, winzigen und schmutzigen Straßen und vorwiegend elenden Holzhöfen verbindet mehrere Wege mit der Front an der Dubissa. Es ist daher der Berührungspunkt zahlreicher Kolonnen und Truppen. Vor dem Kriege zählte R. circa 8000 Einwohner, vorwiegend Juden, sowie Polen und Litauer mit einem verhältnismäßig geringen Einschlag an anderen Elementen. Die in einem Talonschnitt eingebettete Stadt, landschaftlich reizend gelegen, bietet kein freundliches Bild. Die Straßen, die Häuser von innen und außen, die hölzernen Bürgersteige, die Verkaufsläden, alles macht den Eindruck des langamen, aber unaußhaltbaren Verfalls. In einzelnen Stellen sind verkaufte Bretter im Bürgersteig ausgewechselt worden. Das ist bisher fast die einzige sichtbare Wirkung der folgenden am 9. Juni 1915 erlassenen Bekanntmachung: 1. Die Straßen werden jeden Montag, Mittwoch und Freitag, und zwar nur nach vorheriger Wasserbesprengung, gefegt. 2. Die Aborte werden für Soldaten und Einwohner getrennt gehalten. Sie sind allwöchentlich zu ensleeren, sauber zu halten und innen und außen verschließbar einzurichten. Der Inhalt darf in den Gärten in 1 Meter tiefe Gruben, die jedesmal wieder zuzuworfen sind, beiseite getrennt werden. 3. Die durch die Stadt ziehenden Wasserläufe werden von den Anliegern gereinigt. Zulassung von Abortinhalt oder Jauche ist verboten. Das Wasser darf nicht benutzt werden. 4. Das Brunnenwasser ist nur nach Abkochen als Trinkwasser zu benutzen. — Ich will hierzu nur bemerken, daß die Anordnung eine vollständige Umwälzung bisheriger Gepflogenheiten bedeutet. Die Gewohnheit ist eine so starke Macht, und die gesamten Zustände zwingen den einzelnen so ungewöhnlich in das übliche Milieu hinein, daß sich der herrschenden Primitivität und Unsauberkeit selbst bemittelte Leute kaum entziehen können. Ich sah hier Kaufleute, Händler, Angehörige jogenannter freier Berufe in Wohnungen hausen, in die eine an Sauberkeit und etwas Wohlbehagen gewohnte deutsche Arbeiterfamilie nicht hineinzubringen wäre — und wenn sie ihr geschenkt würde. Alljährlich besuchen jene Leute einen Badeort, sie kennen einige deutsche Städte, wurden mit modernem Komfort vertraut, genießen ihn für einige Wochen und kehren dann in die heimtückliche Verkommenheit und den heimtücklichen Schmutz zurück. In häßliche, zerfissene und schmutzige Kleider gehüllte Menschen schlendern umher, hocken auf den Treppentufen, stehen in den krummen, übel duftenden Gassen und in den Hausportalen, hinter den Verkaufsläden in den Läden und auf offener Straße. Auf umgestülpten Kisten haben Dutzende von Händlern allerhand Waren ausgebreitet: Honigbrot, sehr viele Zigarren und Zigaretten, Bündelchen ebenfalls. Ueberall sieht man das Bildnis Sindenburgs als Kellame auf Zigarettenpackungen. Das Bild ist



# Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 256 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:  
8. Gendarmarie-Brigade.  
Infanterie usw.: Garde-Gren.-Regiment Alexander, Franz, Elisabeth und Augusta; Garde-Schützen-Reg. Gren., Reg. Inf., Reg. Inf.-Regiment Nr. 1 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 237), 2, 3, 6, 7, 12, 13, 14, 17, 19, (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 238), 22, 23, 25 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 237), 26, 29, 33, 35, 38, 45 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 237), 55, 57, 58, 61, 62, 63, 64, 67, 78, 79, 81, 82, 87, 91, 92, 94, 95, 97, 110, 112, 114, 116, 117, 118, 120, 131, 132, 135, 136, 137, 138, 140, 141 (f. Ref.-Inf.-Reg. Goebel), 148, 150, 151, 154, 157 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 271), 160, 164, 165, 169, 174, 175 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Goebel), 176, 329, 336. Ref.-Inf.-Regiment Nr. 3, 5 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Keller), 7, 8, 11, 13, 17, 18, 20, 22, 26, 29, 32, 35, 36, 40, 49, 53, 59, 61, 64, 65, 66, 69, 73, 77, 80, 81, 83, 87, 91, 100, 111, 116, 130, 201, 203, 205 bis einschl. 214, 217 bis einschl. 221, 223, 225 bis einschl. 231, 236, 237, 240, 249, 258, 260, 268, 269, 271, 272. Erf.-Inf.-Regiment Goebel, Keller sowie Königsberg I und III. Ref.-Erf.-Inf.-Regiment Nr. 2 und 4. Landw.-Inf.-Regiment Nr. 7, 22, 24, 25, 29, 31, 33, 34, 35, 36, 76, 77, 87 (f. Landw.-Inf.-Reg. Roh), 118, 119 und Reg. Mosk. Landw.-Erf.-Inf.-Regiment Nr. 1 und 9. Ref.-Regiment Nr. 1 und 8. Posen (f. Inf.-Regiment Nr. 829 und 830). Ueberplanmäßiges Landw.-Inf.-Bat. Nr. 4 des 4. Armee-Korps. Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 8, 88, 41, 40. Landw.-Brig.-Erf.-Bat. Nr. 26 (f. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 1). Landst.-Inf.-Bataillone I Rawitsch (f. Inf.-Reg. Nr. 329), II Stolp (17. 13.). 9. Landst.-Inf.-Erf.-Bat. des 4. Armee-Korps (4. 27.). Garnison-Bat. Nr. 1 Graubenz. Jäger-Bataillone Nr. 3, 5, 14; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 14. Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 13 Posen; Festungs-Maschinengewehrtrupp Neuenburg i. Poden.  
Kaballerie: 5. Div.: 1. Garde-Drög.; Garde-Ref.-Drög.; Garde-

Susaren (f. Garde-Kab.-Reg. v. Radow); Garde-Ref.-Manen; Garde-Reg. v. Radow; Kürassiere Nr. 8; Drag. Nr. 14, 18; Husaren Nr. 11; Manen Nr. 8; Jäger zu Pferde Nr. 1, 7, 8; Ref.-Abteilungen Nr. 51, 76; Ref.-Erf.-Eskadron des 18. Armee-Korps.  
Feldartillerie: 1. und 2. Garde-Reg.; Regiment Nr. 4, 20, 25, 37, 50, 83, 86, 103, 104, 107; Ref.-Regiment Nr. 7, 11, 18.  
Fuhartillerie: Regiment Nr. 3, 8; Ref.-Regiment Nr. 7, 13, 18; Kurze Marine-Kanonnen-Batterie Nr. 1.  
Pioniere: Regiment Nr. 19, 20, 23, 25, 29, 31, 36; Bataillone I und II. Nr. 3, II. Nr. 9, I. und II. Nr. 10, I. Nr. 26, I. Nr. 27; Ref.-Bat. Nr. 39; Erf.-Bat. Nr. 17; Ref.-Kompanien Nr. 46, 47, 77; 1. Landw.-Komp. des 18. Armee-Korps. Mittlere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 126, 160.  
Verkehrstruppen: Linien-Kommandanturen Brüssel und Lodz.  
Fernsprech-Abt. des 1. Reserve-Korps sowie Abteilung „G“ des 15. Armee-Korps. Feldluftschifftruppe.  
Train: Train-Abt. Nr. 11; Korps-Brückentrain Nr. 30; Ref.-Div.-Brückentrain Nr. 5. Magazin-Fuhrparkkolonnen Nr. 12 der 1. sowie Nr. 7 und 9 der 9. Armee.  
Munitionskolonnen: Inf.-Munitionskolonnen Nr. 1 des 10. und Nr. 4 des 11. Armee-Korps.  
Sanitäts-Formationen: Garde-Ref.-Sanitäts-Komp. Nr. 2 des 10. Reserve-Korps; Sanitäts-Kompagnien Nr. 1 des 7. sowie Nr. 1 und 3 des 17. Armee-Korps. Ref.-Lazarett Rimpfch.  
Die bayerische Verlustliste Nr. 195 bringt Verluste des 12., 16., 18. und 20. Inf.-Reg.; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 6, 7, 13, 15.  
Die sächsische Verlustliste Nr. 161 enthält Verluste der 58. Inf.-Div.; Inf.-Regiment Nr. 100, 107, 134, 177, 178, 181; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 108; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 133; Landst.-Inf.-Bataillone: Meißen, Rittau, Annaberg; 2. Landst.-Erf.-Bat. des 12. Armee-Korps; Erf.-Bat. des Landw.-Inf.-Reg. Nr. 133; Jäger-Bat. Nr. 12; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 12; Radfahrer-Komp. Nr. 58;

Feldart.-Regiment Nr. 12, 28, 82, 48, 64, 68, 77, 78, 115; Ref.-Feldart.-Regiment Nr. 23, 53, 54; Erf.-Abteilungen der Feldart.-Regiment Nr. 28, 32; Fuhart.-Reg. Nr. 12; Fernsprech-Abt. des 12. Armee-Korps; Armierungs-Bataillone Nr. 21, 23; Ref.-Sanitäts-Komp. Nr. 2, 12. Ref.-Armee-Korps; Landw.-Sanitäts-Komp. Nr. 22.  
Die württembergische Verlustliste Nr. 208 bringt Verluste des Ref.-Inf.-Reg. Nr. 119; Inf.-Reg. Nr. 120; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 120; Inf.-Reg. Nr. 121; Inf.-Reg. Nr. 122; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 122; Gren.-Reg. Nr. 123; Inf.-Regiment Nr. 125, 126, 150; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 246; Manen-Reg. Nr. 20; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 26 und 54; 3. Ref.-Pionier-Komp.; 2. Landw.-Pionier-Komp.; Feldbäckerei-Kolonnen Nr. 58; Verluste durch Krankheiten; Verichtigungen früherer Verlustlisten.

## Eingegangene Druckschriften.

„Der Kampf“: 6. Heft erschienen und enthält folgende Beiträge: Karl Renner: Die Voraussetzungen und Aufgaben internationaler Aktion. Max Adler: J. G. Richter über den wahren Krieg. Adolf Braun (München): Bildungsprobleme in der Arbeiterbewegung. Ernst Freundlich: Gedanken über Krieg und Erziehung. Gustave Rouanet (Paris): Ein Wort über Jean Jaurès. H. G.: Otto Wittner zum Gedächtnis. Rundschau: Die italienische Sozialdemokratie und der Krieg. — Preis 50 Heller (50 Pfennig).  
Die Entwicklung der Arbeitsbedingungen im deutschen Tageelnergewerbe. Bearbeitet und herausgegeben vom Verbandsvorstand der Tapezierer 127 E. — Jahresbericht 1914 des Verbandes der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. 97 S. — Selbstverlag des Verbandes, Berlin SO. 16.  
Karten und Skizzen zum Weltkrieg 1914/15. (7. Band des „Historischen Kartenwerkes“.) Von E. Rothert. 1. Teil. — U. Bagel, Düsseldorf.  
Der Krieg 1914/15 in Wort und Bild. Heft 30—32. Jede Woche ein Heft. 30 Pf. — Bong u. Co., Berlin W. 57.  
Der Krieg-Strummelpeter. Lustige Blätter und Verse von S. E. Litzgen. Geh. 2,40 M. — Holstein-Verlag, Rindchen.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.  
20. Abt. Sez. 783.  
Am Montag, den 21. Juni, verstarb unser Genosse, der Schloffer  
**Karl Jaensch**  
Liebenwalder Str. 4.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Juni, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37/38, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
226/2 Der Vorstand.

**Gesangverein „Neu erwacht“**  
(R. d. D. V. S. S.)  
Am Montag, den 21. Juni, verstarb plötzlich unser Sangesbruder  
**Karl Jaensch**.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Einäscherung findet am Freitag, den 25. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37/38, statt.  
Der Vorstand.  
NB. Die Sangesbrüder treffen sich vorher bei Welle, Gerichtstr. 12. Erscheinen ist Pflicht.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass am 22. d. Mts., nach 3 Uhr, mein lieber Mann, unser guter Vater, der Kassendirektor a. D.  
**Adolf Herrfurth**  
nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.  
Frau **Anna Herrfurth** und Kinder.  
Rahlsdorf, Heidersdorfer Str. 16.  
Die Beerdigung findet Freitag, den 25. Juni, nachm. 8 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Den verehrten Vorständen der Vereine sowie dem verehrl. Publikum, Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, dass ich die  
**„Concordiasäle“, Am Treptower Park**  
früher Karpfenteich  
übernommen habe.  
Ziele bis 1000 Personen fassend. :: Wundervollen schattigen Naturgarten, vorzüglich geeignet zur Abhaltung von Sommerfestlichkeiten. — Große Kaffeeküche. :: Gemütliche Räume renoviert! — Um geneigten Zuspruch bittet **Rudolf Pietsch**, Am Treptower Park 69, Berlin SO. 16.  
**H. & P. Uder**, Engel-Afer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel**.  
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen. — Amt Moritzpl. 3014.

Den verehrten Vorständen der Vereine sowie dem verehrl. Publikum, Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, dass ich die  
**„Concordiasäle“, Am Treptower Park**  
früher Karpfenteich  
übernommen habe.  
Ziele bis 1000 Personen fassend. :: Wundervollen schattigen Naturgarten, vorzüglich geeignet zur Abhaltung von Sommerfestlichkeiten. — Große Kaffeeküche. :: Gemütliche Räume renoviert! — Um geneigten Zuspruch bittet **Rudolf Pietsch**, Am Treptower Park 69, Berlin SO. 16.  
**H. & P. Uder**, Engel-Afer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel**.  
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen. — Amt Moritzpl. 3014.

**Nervöse**  
Störungen u. Erregungszustände, Schlaflosigkeit, nervöse Herzbeschwerden, Reiche's „Baldramin“ (reiner Pflanzenauszug), ein ungemein beruhigendes, heilsam wirkendes Spezifikum, d. natürl. Mediz. f. d. Nerven. Pl. 2,20. Wo Lsg. bef. u. Dr. nicht erhät., fr. geg. 2,50. Otto Reichel, Berlin 43, Oranienstr. 4.  
**Heines Werke**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Vorstandsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, dass unser Mitglied, der Schlosser  
**Karl Jaensch**  
Liebenwalder Str. 4  
am 21. Juni an Lungenleiden gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Einäscherung findet am Freitag, den 25. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37/38, statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
115/17 Die Ortsverwaltung.

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.**  
Filiale Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen  
**Heinrich Hentschel**  
vom städtischen Gaswerk Tegel.  
Ehre seinem Andenken!  
Beerdigung am Donnerstag, den 24. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Philipps-Kloster-Gemeinde, Seefstraße, Ecke Müllerstraße, aus.  
Um rege Beteiligung bei der Beerdigung des Kollegen ersucht  
34/14 Die Ortsverwaltung.

Den Heidentod fürs Vaterland starb am 10. Juni im Lazarett mein herzenguter, unerschütterlicher Mann und treusorgender Vater seiner Kinder, der Unteroffizier  
**Richard Halbig**  
im Erf.-Infanterie-Regiment Königsberg II. 882  
Dies zeigt betrübt an  
Die trauernde Witwe nebst Kindern und Anverwandten.  
**Dankagung.**  
Für die Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meines viel zu früh ent-riftenen, lieben Mannes  
772  
**Friedrich Grandejus**  
sagen wir allen, insbesondere dem Sprecher Herrn Wieloch, dem Köchleren Quartett, den Kollegen der Firma Jachmann, den Gesellen der Firma Bell u. Co., dem Bahnbereich des 4. Berliner Reichstagswahlkreises, dem Verband der Freien Gelft und Schantwirte, unsern herzlichsten Dank aus.  
Ww. Grandejus und Sohn.

**Verkäufe.**  
**Stoppdecken!** Spottpillige Ausnahmepreise! Brauchfähige Simill-seidene Stoppdecken 4,25, 5,75, wundervolle doppelseitige 7,50, 8,75 bis 13,50. Elegante Tüllstopdecken 1,55, 2,55. Weiss Teppichhaus, Dresdenstr. 8 (Kottbusertor). Abon-nenten 10 Prozent Rabatt. 268\*  
**Monatsangebote, nur wenig ge-tragen, Vallets, Mäntel, Hüte, Ge-sellschaftsanzüge werden spottbillig verkauft. Die elegantesten Anzüge sind teilweise billig zu haben. Un-bekanntes Firma. Rag Weis, Große Frankfurterstraße 88.**  
**Teppiche** mit kleinem Fleck, sehr billig. Gardinen, Portieren, Stopp-decken, Tischdecken, Divandecken, sehr billig. Vorwärtsleiter 5 Prozent Rabatt. Teppichhaus Brünn, Hadericher Markt 4 (Bahnhof Börse). 246/4\*

**Wohel-Soebel**, Moritzplatz 58.  
Spezialität: Ein- und Zweizimmer-einrichtungen. Billigste Preisleiste Stube und Küche 218,—, 346,—, 463,— bis 1000,—. 2 Zimmer und Küche 468,—, 582,—, 656,—, 740,— bis 2000,—. Schlafzimmer 188,—, eiche 245,—, eichne Speisezimmer 329,—, 439,—, Englische Bettstelle mit Matratze 40,—, Beschäftigung ohne Kaufzwang. Fünf Jahre Garantie. Eventuelle Zahlungs-erleichterung. Gedruckt von 8 bis 8, Sonntag 8 bis 10. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Musterbuch gratis!  
**Kriegspreise!** Kleiderhüllen, Bettdecken, Matratzen, Chaiselongues 20,—, Kommoden 12,—, Truhen, Kleiderschränke 35,—, Schreibe-tische, Büretts, Büchertische billigst. Zentralmöbelspeicher, Pringel-str. 71. 818\*

**Verschiedenes.**  
Patentanwalt Müller, Ostfänger-str. 16. 23993\*  
Kunststofferei Große Frankfurter-str. 67. 23993\*  
**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
Dampfkessel-Heizer suchen Rag-nethamerer Beethoven, Ledeborstr. 28.  
Korbmacher auf 66 er, ganz aus-Beiden, verlangt Lorenz, Kleis-str. 31. 538\*

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.**  
Zahlstelle Groß-Berlin.  
Am Sonntag, den 20. Juni, verstarb unser Mitglied  
**Willi Klause**  
im Alter von 30 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 24. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-halle des Friedrichselder Gemein-de-Friedhofes aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
53/11 Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-Mandolinen-Klub**  
„Widerhall“.  
Hiermit überbringen wir die traurige Nachricht, dass unser Mitglied  
**Gustav Scholz**  
im 27. Lebensjahre am 30. Mai als Opfer des Weltkrieges ge-fallen ist.  
Sein aufrichtiger Charakter und sein rege Vereinsinteresse sichern ihm ein dauerndes Andenken.  
282/16 Der Vorstand.

**Dankagung.**  
Für die Unterstützung und vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die Kranzpenden bei der Beerdigung meines Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Daimler, vielen Dank.  
262  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**Witwe Tomys.**

**Germania 6.** „Vandelei-haus“. Extrabiliger Bettencrampf, Wäscherecrampf, Gardinencrampf, Teppichcrampf, Nierencrampf, Gold-sachen, Spottpillige Jafett anzüge, Gehrockanzüge, Herrenhosen.  
**Jirka 50 000** Schlafbeden, Ge-legenheitsposten, von 0,85—3,75 Mark. Duschwanne Rabatt. Teppichhaus Emil Rejzore, nur Oranienstr. 158.\*  
**Teppichhaus Moritzplatz 58a!** lauten Sie spottbillig von Kavalierten wenig getragene sowie im Verkauf ge-wesene Jafetts, Rodanzüge, Mäntel, Paletots, Serie I: 10—18. Serie II: 20—30 Mark, größtenteils auf Seide. Gelegenheitskäufe in neuer Rag-garderobe, enorm billig. Kleiderposten Kleider, Kostüme, Mäntel, auf Seide, früher bis 150, jetzt 20—35 M. Extrabiligste in Kombi-d gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsch, Uhren, Brillanten, Goldwaren enorm billig nur Moritz-platz 58a I. 88\*

**Kaufgesuche.**  
**Zahngelisse!** Brauchgold! Silber-sachen, Platinaabfälle, Luedsilber, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelze Christianat, Köpenicker-str. 30a (gegenüber Mantelstr.). 273\*  
**Kupfer! Messing! Aluminium!** Nidel! Zinn, Zink, Blei, Luedsilber, Stanniolpapier, Platinaabfälle, Zahngelisse, Goldsachen, Silber-sachen, höchstzahlend! Metallschmelze Cohn, Brunnenstr. 25 und Reußstr. 5, Berlin-Str. 76. 276\*

**Zimmer.**  
Möbliertes Zimmer, 2 passende Damen oder Herren, Barntafler-Badeheizung, sofort billig. Jüdel, Grenzauer Allee 146. 774\*  
Möbliertes Zimmer vermietet fr. Koop, Schmidtstr. 11a, hoch-partierte, Ecke Alexanderstr. 792

**Deutscher Holzarbeiterverband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nach-richt, dass unser Kollege, der Klavierarbeiter  
**Fritz Schilke**  
Lichtenberg, Mühlstraße,  
im Alter von 31 Jahren ge-torben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 24. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes, Mühl-str. 34, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
64/18 Die Ortsverwaltung.

**Verh. d. Schneider, Schneiderrinnen und Wäschearbeiter Deutschlands**  
Filiale Berlin.  
Unseren Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, dass der Militär-schneider, Kollege  
**Wilhelm Oslath**  
am 20. Juni im Alter von 62 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Freiwilligen Friedhofes, Pappelaer, aus statt.  
162/9 Die Ortsverwaltung.

**Bekanntmachung!**  
Auf Antrag des Vorstandes und Beschluss des Versicherungsamtes per Stadt Berlin vom 14. Juni 1915, wird demjenigen mit Namen, welche die Wartgeld des 3. Mts., Absatz 2 der Satzung erfüllt haben, das Kronen-geld für jeden Kalendertag gezahlt. Diese Mitteilung tritt mit dem 21. Juni d. J. in Kraft. 268/18  
Berlin, den 22. Juni 1915.  
Der Vorstand  
der  
Ortskrankenkasse der Mechaniker, Optiker u. verwandten Gewerbe zu Berlin.  
gez.: W. Gutschke, Vorsitzender.

**Möbel.**  
**Piano 120.** Sämtliche Möbel ver-kaufe gemächlich spottbillig. Je an viele, Löwstr. 16 I (Osten). 53/2  
**Imbaupluchschloß 50,—, 65,—, Chaiselongues 20,—, 24,—, Englische Bettstellen 35,—, Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. 398\***

**Fahrradkauf** Weberstraße 42.  
**Damenrad.** Herrenrad laut Strecke, Andreasstr. 37. 52/17\*  
**Platinabfälle, Zahngelisse** bis 50,00, Goldsachen, Silber-sachen, Treffer, Luedsilber, Stanniolpapier 3,00, Kupfer bis 185, Messing bis 130, Zinn, Nidel, Aluminium, Zink, Blei, höchstzahlend! Metallschmelze Cohn, Kaufhaus Weberstraße 31 (Tele-phon, Abholung). 79\*

**Stellengesuche.**  
Kleiderhüllen, Bettdecken, Matratzen, Chaiselongues 20,—, Kommoden 12,—, Truhen, Kleiderschränke 35,—, Schreibe-tische, Büretts, Büchertische billigst. Zentralmöbelspeicher, Pringel-str. 71. 818\*

**Reinhold Nitzsche**  
im blühenden Alter von 24 Jahren.  
Dies zeigen tiefbetrübt an  
Die trauernden Hinterbliebenen:  
Die tiefgebeugten Eltern  
**Rudolf Nitzsche** und Frau geb. Kroll  
**Grete Nitzsche** als Schwester  
**Richard Nitzsche** und Frau geb. Howe  
**Gustav Kadow** und Frau geb. Nitzsche  
**Grete Wengeleski** als Braut. [729]

**Amada Schröder**  
geb. Hollack  
im Alter von 40 Jahren.  
Dies zeigt tiefbetrübt an im Namen der trauernden Hinter-bliebenen  
**Alfred Schröder** nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-halle des Friedhofes, Pappelaer, aus statt.  
162/9 Die Ortsverwaltung.

**Allgem. Orts-Krankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg.**  
Der Beschluss-Ausschuss des Ver-sicherungsamtes hat in seiner Sitzung am 11. Juni 1915 die Wieder-Ein-führung der Gewährung des baren Krankengeldes für die Sonn- und Feiertage genehmigt. Diese Geneh-migung tritt mit dem 21. Juni 1915 in Kraft. 268/17  
Berlin-Schöneberg, den 22. Juni 1915.  
H. Uhlmann, Otto Brünner, Komm.-Vorsitzender. Schriftführer.

**H. Pfau, Bandagist**  
Berlin Direksenstraße 20  
zwischen Bahndf. Alexanderplatz und Volzgeprüfplatz. — Amt Kst. 3208.  
Für Damen Frauen-Bedienung.\*  
Vielerei für alle Krankentassen.

**Unterricht.**  
Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fort-geschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischen Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen an-geliefert. G. Swienty, Ledeborstr. 9, Charlottenburg, Stutigarterplatz 9, Gartenhaus III. 448\*

**Tüchtiger Lagerarbeiter,**  
militärfrei, mit Erfahrung in der Zollettelverfabrikation, sofort gesucht. **H. Hammer u. Co.**, Luisenstr. 40.  
**Tüchtige Werkzeugdreher**  
werden sofort verlangt. **Ehrlich & Graetz**, Berlin SO, Ellenstr. 90/94.  
**Werkzeugmacher**  
sucht Berliner Präzisionswerk-hätte, Gerberstr. 3. 52/20

**Tüchtige Ziseleure und Gürtler**  
hoher Lohn, dauernde Beschäftigung sucht  
52/18  
Bronzegießerei **Bernhard Förster**, Düsseldorf 116.  
Vorwärts Buchh. u. Verlagsamt  
**Gaul Singer & Co.**, Berlin SW. Herzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Sozialdemokratische Kundgebungen.

Die Eingabe, die am 9. Juni von Parteigenossen in Vertretung...

Die „Rannheimer Volksstimme“ schreibt nach dem 9. Juni...

„Wie unsere Partei sich zur Frage der Annexion stellt, das hat die Fraktion erst in der Kommission des Reichstags...

Zu der Erklärung Bernsteins, Haases, Kautskys schreibt die „Rannheimer Volksstimme“ am Schluß eines längeren Artikels:

„Kein Zweifel: auch heute sind wir zu jedem Schritte bereit, der uns die Aussicht auf eine wirklich erfolgreiche Friedensaktion bietet.“

„Laut „Vossischer Zeitung“ wendet sich die „Wühlgänger“ gegen Haase, Kautsky, Bernstein wie folgt:

„Was das Gebaren der Parteigenossen Haase usw. so sehr merkwürdig macht, ist ihr schroffes Verhalten gegen die deutschen Parteigenossen und ihr Uebersehen der dem Vorgehen der deutschen Sozialdemokratie ähnlichen Haltung maßgebender und führender, sogar in den Regierungen führenden Personen der überwältigenden sozialdemokratischen Mehrheit in den gegnerischen Ländern.“

Nach dem „Lokal-Anzeiger“ erklärt Genosse Cuard in der „Frankfurter Volksstimme“ zu dem Aufruf der Genossen Haase, Bernstein und Kautsky:

„Ich wende mich zuerst und mit aller Schärfe gegen die verantwortungsvollen Genossen in England und Frankreich, die zu Vorverhandlungen stets ausbleiben.“

Das „Hamburger Echo“ äußert sich (nach der „Post“):

„Wer die deutsche Produktionsfähigkeit, die deutsche Arbeit erhalten will, kann sie nicht dem englischen Vernichtungsplan opfern.“

Kriegsausbruch war, der fordert, grob ausgedrückt, nicht mehr und nicht weniger als die Wiederholung des Krieges.“

Natürlich liegen auch Zustimmungen mehrerer Parteiführer zu den Kundgebungen vor.

In der bürgerlichen Presse betrachtet man die Kundgebungen in erster Linie daraufhin, ob ernstere Differenzen innerhalb unserer Partei vorliegen.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Einfach ist, wie man sieht, die Lage innerhalb der Sozialdemokratie ganz und gar nicht.“

Die „Kreuz-Zeitung“ bemerkt zu dem Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“:

„In dieser Kundgebung erblicken wir eine geradezu unerhörte Schädigung der vaterländischen Interessen.“

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ meinen u. a.: „Wie ein schriller Pfeiflaut löst in die Lemberger Siegesfeier von Leipzig her die Tat der Haase, Kautsky und Bernstein.“

Wir sehen vor einer derart unwilligen und denkbar schmerzlicher Verletzung der deutschen Lebensinteressen, daß wir an ihr auch im Zeichen des Bürgerfriedens und der aufgehobenen Parteigrenzen nicht kritisch vorbeigehen dürfen.“

Das Pronunziament von Leipzig schützt nämlich die mancherlei Kundgebungen unserer Wirtschaftsverbände, nationalen Parteiführer, des Königs von Bayern usw., welche selbstverständlich nicht nur den Sieg, sondern auch die Sicherung des Sieges, den strategischen, politischen und territorialen Schutz des Ertrugens verlangen, vor, um die Absichten unserer Kriegsführung dahin zu verdrängen, daß der Verteidigungskrieg sich zu einem „Eroberungskrieg“ auswähle.“

„Ein Friede auf der Grundlage — freier Vereinbarung! der „Völker“ auch der deutschen Volks- und Kriegswirtschaft, eine auch in Deutschland „in immer weiteren Kreisen“ um sich greifende Friedenssehnsucht — die Herren Haase und Kautsky sind um ihre blühende Phantasie und um ihr weites Gewissen nicht zu beneiden.“

Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt:

„Der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ hatten im Anschluß an das Pronunziament von Haase darauf hingewiesen, daß schon unter dem 9. Juni ein Flugblatt an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und an den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gerichtet worden sei.“

Parteiüberleben Einhalt tun, den Bürgerfrieden aufzulegen und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach dem Grundsatze des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen.“

Der „Deutsche Kurier“ beginnt seinen Artikel „Staatsgefährliches Treiben“ mit folgenden Sätzen:

„Die Vorgänge in der Sozialdemokratie sind heute keine innere Parteiangelegenheit mehr, sondern berühren die wichtigsten Interessen unseres im Kampfe um seine Existenz stehenden Staates.“

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhause.

Auch am Mittwoch ist das preussische Abgeordnetenhause noch nicht in die materielle Beratung des Berichts der Budgetkommission über die von der Regierung erteilte Auskunft über wirtschaftliche Maßnahmen eingetreten.“

Am Donnerstag wird Hr. v. Jedlich noch über Ostpreußen berichten, und dann geht die Diskussion ein, die aber nur kurz sein kann, da am Nachmittag die gemeinsame Schlußsitzung stattfindet.

„Freisinnige Zeitung“ und Pressefreiheit.

Die „Freisinnige Zeitung“ bezeichnet es als „unwahr“, daß sie sich darüber aufgeregt habe, daß nicht auch der E. Z.-Artikel zur U-Bootsfrage im „Lokalanzeiger“ mit Zensurmaßnahmen bedacht worden sei.“

„Es ist erst wenige Tage her, seitdem der Leiter eines viel gelesenen Nachrichtenblattes einen Artikel veröffentlichte, der in allen Kreisen ohne Unterschied der Parteien die größte Verwunderung erregte.“

Unter dem „Einschreiten“ will die „Freisinnige Ztg.“ jetzt eine Gegenerklärung in der „Norddeutschen“, nicht aber Zensurmaßnahmen verstanden wissen.“

Wenn die „Freisinnige Zeitung“ weiter behauptet, der „Vorwärts“ habe kein Wort des Protestes gegen das Verbot der „Deutschen Tageszeitung“ gefunden, so übersieht sie das Verbot, Zensurmaßnahmen zu kritisieren, und versteht im übrigen nicht, zwischen den Zeilen zu lesen.“

Der außerordentliche sächsische Landtag

wurde Dienstagmorgens 6 Uhr eröffnet. Die unmittelbare Ursache dazu gab die Notwendigkeit, die im nächsten Herbst fälligen Landtagswahlen um zwei Jahre zu verschieben und die Mandate entsprechend zu verlängern.“

dem Einkommen; es ist einschließlich einer Altersstamme bis zu vier Stimmen abgestuft. Dieses ganze System wird nur durch den Krieg völlig in Unordnung gebracht. Bei den Wahlen im Herbst 1917 würde nach dem Wahlgesetz das Einkommen aus dem Jahre 1915 zugrunde zu legen sein. Da aber die Masse der Wähler im Felde steht, ein steuerpflichtiges Einkommen überhaupt nicht hat, können diese Wähler um ihr Wahlrecht. Die Regierung hat Entgegenkommen zugesagt. Es dürfte jedoch kaum eine Möglichkeit geben, alle Härten und Unbilligkeiten durch irgend eine Maßregel zu beseitigen. Die sozialdemokratische Fraktion fordert als einfachste und gerechteste Lösung der Frage die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. — In das Präsidium wurde außer dem Genossen Frähdorf als zweiten Vizepräsidenten Genosse Fischner als stellvertretender Sekretär gewählt. — Der außerordentliche Landtag dürfte mindestens 14 Tage dauern.

### Gegen den Lebensmittelwucher.

Eine Aktion gegen den Lebensmittelwucher ist von der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften in Bayern gemeinsam eingeleitet worden. Wiederholt wurde von der Partei durch persönliche Rücksprache ihrer Vertreter mit den zuständigen Stellen, durch Anträge in den Gemeindeverwaltungen, in der Presse und in Versammlungen versucht, die Notwendigkeit einer Abhilfe darzulegen. Dringende Vorstellungen und ausführliche Denkschriften an die Staatsregierung kamen in die Forderung aus, doch das Parlament einzuberufen, um hier eine einheitliche Regelung für das Land und gelegentliche Handhaben gegen die unläutere, die Kriegsmonjunktur ausnützende Spekulation zu schaffen. Aber diese Bitten verhallen ungehört, die bayerische Regierung lehnte, als einzige im Reich, es ab, die Volksvertretung zur Regelung der Kriegsfürsorge einzuberufen. Nun muß auch die bürgerliche Presse zugesehen, daß die Verhältnisse völlig unhaltbar geworden sind, bis in den Mittelstand hinein weite Schichten des Volkes nicht mehr in der Lage sind, sich rationell zu ernähren. Auf Ersuchen einer Anzahl von Organisationen hat der Landesvorstand der bayerischen Sozialdemokratie am 20. Juni eine Landeskonferenz in München einberufen. Hier wurde beschlossen, durch Petitionen bei den zuständigen Landes- und Reichsregierungsstellen vorstellig zu werden, damit wenigstens für die Sicherung der neuen Ernte die früheren Fehler vermieden und der Einfluß gewisser wucherischer, mit der Not des Volkes spekulierender Interessentenkreise ausgeschaltet werde. Gleichzeitig sollen überall Volksversammlungen stattfinden, in denen die Referenten die Verhältnisse sachlich darlegen und entsprechende Vorschläge zur Abhilfe machen werden. In einem Aufreife, den der Landesvorstand und die Agitationskommissionen der Gewerkschaften Südbayerns, Nordbayerns und der Rheinpfalz erlossen, werden die Organisationen ersucht, zu dieser sowohl für die Landesverteidigung wie für die Volksgesundheit bedeutungsvollen Aktion die nötigen Vorbereitungen zu treffen, damit eine ausreichende Ernährung der Masse gesichert werde.

### Stuttgarter Arbeiter beim Minister des Innern.

Im Auftrag einer vom Stuttgarter Gewerkschaftsratell einberufenen Protestversammlung gegen die Lebensmittelsteuerung gab sich eine Deputation zum württembergischen Minister des Innern, um diesem die Notlage vor Augen zu führen, die infolge der ungeheuren Steigerung der Lebensmittelpreise unter der Arbeiterschaft herrscht. Die Mitglieder der Deputation legten dar, daß die Preissteigerungen weniger durch den Mangel an Lebensmitteln als durch die teilweise sehr verfehlten Maßnahmen des Bundesrats und die wucherischen Preistreiberbestimmungen bestimmter Kreise verursacht werde. Sie wiesen dabei auf die enorme Steigerung hin, die infolge dieser Erscheinungen unter der Arbeiterschaft herrscht.

Minister von Feischauer erkannte die Beschwerden als berechtigt an und behaupte, daß die württembergische Regierung in diesen Fragen nicht selbständig sei. Sie habe im Bundesrat im wesentlichen die vorgebrachten Wünsche vertreten, sei aber dabei in der Minderheit geblieben; so insbesondere in der Frage der Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide, Mehl und Kartoffeln. Man habe bei diesen Maßnahmen allerdings keine genügende Ueberacht über die vorhandenen Vorräte gehabt. Die Erhebungen hätten kein befriedigendes Resultat gebracht, da die Angaben der Produzenten vielfach irreführend waren. Zur Gewinnung einer besseren Grundlage werde nunmehr eine Aufnahme der Anbaufläche durchgeführt. Auch sei die Wichtigkeitserklärung der Spekulationskäufe angeordnet und eine Beschlagnahme der neuen Ernte vorgesehen. Etwasigen Spekulationskäufen auf dem Gebiete des Obsthandels werde er seine Aufmerksamkeit schenken und das Erforderliche zur Vereitelung wucherischer Vertriebsverfahren veranlassen. Den Verteilungen, die auf eine Steigerung der Zuckerpresse abzielen, trete er gleichfalls entgegen. Zunächst sei die Erweiterung des württembergischen Zuckerkontingents veranlaßt worden. Weitere Maßnahmen behalte sich die Regierung vor. Die Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln und Mehl erkannte der Minister als verfehlt an. Er werde im Bundesrat auf eine Besserung hinwirken. Zwecks Vermeidung der Preissteigerungen durch die Anläufe der Militärverwaltung sei jetzt eine Zentralisierung der Anläufe durchgeführt. Um der Verteuerung der Milch vorzubeugen, seien durch Verfügung die kommunalen Höchstpreisfestsetzungen erschwärenden Bestimmungen aufgehoben worden. Er sei überhaupt bereit, die Verteilungen der Gemeinden zur Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln nach Kräften zu unterstützen.

Die Erklärungen des Ministers waren im ganzen sehr entgegenkommend, es fragt sich aber, ob die gewünschte praktische Wirkung erzielt wird.

### Sondersteuer für Unverheiratete.

In der sächsischen Stadt Reichenbach i. Vogtland ist eine Steuer auf Unverheiratete männlichen Geschlechts eingeführt worden. Unverheiratete Personen über 28 Jahre müssen bei einem Einkommen von 1400 bis 2200 M. 5 Proz., bei 4000 M. 10 Proz., bei 10.000 M. 15 Proz. und bei einem höheren Einkommen 20 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer entrichten. Befreit von dem Zuschlag sind diejenigen Personen, die bei einem Einkommen bis 4000 M. für unterstützungsbedürftige Verwandte zu sorgen haben. Die Besteuerung verwitweter Personen wurde abgelehnt.

## Aus der Partei.

### Zur Klarstellung.

Zu der Erklärung des Genossen Haase vom 22. Juni haben die Unterzeichneten nur noch folgendes zu bemerken: Keinem von uns ist es eingefallen, das Recht des Genossen Haase auf freie Meinungsäußerung zu beschränken. Sätte Genosse Haase nur wie andere Mitglieder der Vorstände der Partei und der Reichstagsfraktion seine Auffassung über die Parteitaktik in Artikeln und Reden zum Ausdruck gebracht — und er hat das letztere ja vielfach getan — so würde niemand von

uns dagegen etwas eingewandt haben. Wogegen wir uns gewandt haben ist, daß einer der Vorsitzenden der beiden Vorstände in Gemeinschaft mit anderen Parteigenossen einen Aufruf — und darum handelt es sich — erläßt, daß die Partei von jetzt ab eine andere parlamentarische und außerparlamentarische Haltung einnehmen soll. In seinem Aufruf sagt er wörtlich:

„Die gegenwärtige Gestaltung der Dinge ruft die deutsche Sozialdemokratie auf, einen entscheidenden Schritt zu diesem Ziele zu tun.“

Anregungen im Sinne eines solchen „Gebots der Stunde“ hat er aber in keiner der Körperschaften, denen er vorsteht, gegeben.

Berlin, den 23. Juni 1915.

Partels. Braun. David. Ebert. Rich. Fischer. Gerich. Mollenbuhr. Müller. Pfannkuch. Scheidemann. Weis.

Die vorstehende Erklärung, von der ich durch Zufall auch jetzt erst Kenntnis erhalte, nachdem sie bereits zum Druck gegeben worden war, bestätigt lediglich meine Auffassung, daß es die sachlichen Ausführungen in meinem und der Genossen Bernstein und Rautsky Artikel sind, die das Mißfallen der Unterzeichner der Erklärung erregt haben.

Nichts scheint mir im gegenwärtigen Augenblick wichtiger zu sein, als Klarheit darüber zu schaffen, daß eine andere parlamentarische und außerparlamentarische Haltung für die Partei geboten ist, und daß zu diesem Standpunkt auch diejenigen gelangen müssen, die die politische Situation, wie sie bei Anfang des Krieges bestand, anders beurteilten.

Das nicht nur in den Körperschaften, denen ich angehöre, sondern auch vor der Parteioffentlichkeit auszusprechen, war meine Pflicht und mein Recht.

Berlin, 23. Juni 1915.

Jugo Haase.

### Eine Richtigkeitstellung.

Gen. Haase bemerkt in seiner Antwort u. a., daß Vorstandsmitglieder sich durch Artikel und Offene Briefe bemüht hätten, die Partei für gewisse Parolen, so die Parole des Durchhaltens, zu gewinnen. Ich darf annehmen, daß Gen. Haase damit auf mich zielt; er trifft mich aber nicht. Ich habe im Januar dieses Jahres einen Artikel im „Hamburger Echo“ veröffentlicht, der genau die gegenteilige Tendenz hatte als die, die ihm Haase zuschreibt. Ich wollte die Partei nicht für eine neue Taktik, nicht „für eine Parole gewinnen“, sondern wieder dokumentarisch nach, warum wir bei der bis dahin innegehaltenen Taktik verbleiben, warum wir durchhalten müssen. Einer von bestimmten Kreisen ausgehenden, die Genossen irreführenden Agitation wollte ich entgegenwirken, deshalb vertret ich die Taktik der Reichstagsfraktion, des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, wies an Beispielen nach, wie oft die deutsche Partei nach Ausbruch des Krieges ihre Friedensliebe betont und wie oft andere sozialistische Parteien und deren Führer — ich will mich sehr zurückhaltend ausdrücken — darauf sehr wenig entgegenkommend reagiert hatten. Aus diesen Tatsachen zog ich die logische Folgerung, daß wir bei der bis dahin innegehaltenen Taktik verharren müßten. R. Scheidemann.

### Eine Entstellung.

Aus dem „Tempo“ ist auf dem Wege über die „Vossische Ztg.“ kürzlich in die deutsche Parteipresse die Behauptung übergegangen, Genosse Wandervelde habe bei einer Ansprache auf einem Wahlversammlungen in Paris von Scheidemann als einem deutschen Sozialisten gesprochen, „der uns hintergangen hat“. Wandervelde stellt jetzt in der „Gummitte“ sowohl wie in unserem holländischen Parteiorgan „Het Volk“ fest, er habe niemals gesagt, daß Scheidemann oder die deutschen Sozialisten die Belgier und Franzosen hintergangen hätten. Ich habe gesagt, daß sie durch die verantwortlichen Urheber des Krieges hintergangen worden sind. Entweder hatte der „Tempo“ einen schwerhörigen Berichterstatter zu dem Fest entsandt, oder er wollte die Gelegenheit benutzen, ein wenig in Drummervergiftung zu machen.

### Eine Verteidigung der Rumänen.

Der ehemalige französische Sozialist Lasline, der jetzt im „Matin“ gegen seine frühere Partei mäht, den Internationalismus verdammt und insbesondere die deutsche Sozialdemokratie jeder Gemeinheit bezichtigt, hatte unter anderem auch die Behauptung aufgestellt, daß die deutsche Regierung Südeuropa bemüht habe, um die rumänische Sozialdemokratie durch bares Geld für die Befürwortung der Neutralität oder gar des Eingreifens Rumaniens an der Seite der Zentralmächte zu gewinnen.

In einem ausführlichen Schreiben an den französischen Genossen Longuet weist nun der rumänische Genosse Rakowski die Verleumdungen zurück. Abgesehen von der feststehenden Tatsache des Südeuropas seien alle Angaben des ehrenwerten Herrn Lasline aus der Luft gegriffen. Wenn das Parteiorgan „Lupta“ im Gegensatz zu früher jetzt täglich erscheine, so sei das nicht auf Unterstellungen aus irgendwelchem geheimen Fonds zurückzuführen, sondern es werde ermöglicht durch die große Opferwilligkeit der Parteigenossen und durch das naturgemäß gesteigerte politische Interesse des Publikums. Ferner weist Rakowski es als absolut falsch nach, daß in der „Lupta“ oder anderswo jemals ein Sozialist die Intervention Rumaniens an der Seite Österreichs gefordert habe. Der Schriftsteller Radu Rosetti, auf den sich Lasline bezieht, sei Antifemist und habe mit der sozialistischen Bewegung niemals weder direkt noch indirekt in Verbindung gestanden.

Eine nette Nummer, dieser Monsieur Lasline.

### Straferlaß.

Genosse Redakteur Plechschmidt vom Zeiter „Volksboten“ war seinerzeit wegen Beleidigung der Zeiter Stadtverordnetenversammlung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Urteil wurde zwei Tage nach dem Amnestieerlaß rechtskräftig. Nachdem dem Genossen Plechschmidt wegen Unabkömmlichkeit im Geschäft zunächst ein längerer Urlaub für den Strafantritt gewährt worden war, ist jetzt die Strafe erlassen worden.

### Aus den Organisationen.

Die Bezirkskommission für das westliche Westfalen, in der die unten benannten acht Wahlkreise, entsprechend ihrer Mitgliederzahl, vertreten sind, nahm Stellung zu dem von Vertretern der Rinderheit „an die Vorstände der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der sozialdemokratischen Fraktion, Berlin“ gerichteten, von Lore Agnes usw. unterzeichneten Protest.

Nach eingehender Aussprache über die in dem benannten Schreiben hervorgehobenen Streitfragen innerhalb der Partei wurde folgender Beschluß einstimmig gefaßt:

Die Bezirkskommission erklärt sich mit der Bewilligung der Kriegskredite und des Kriegsbudgets, sowie mit der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Reichstag einverstanden. Ebenso mit der Tätigkeit des Parteiausschusses und des Parteivorstandes während des Krieges.

Die Bezirkskommission beurteilt hingegen ganz entschieden das parteigegnerische Treiben der in Deutschland ansässigen Hinter-

männer der „Berliner Tagwacht“, und insbesondere den durch die Veröffentlichung von Berichten über interne Verhandlungen aus der Budgetkommission in der „Berliner Tagwacht“ begangenen Vertrauensbruch. Die Bezirkskommission fordert vom Parteiausschuss und vom Parteivorstand unerbittlich die Ergreifung der entschiedensten Maßnahmen, um diesen Leuten das Handwerk zu legen. Das erfordert das Ansehen, die Reinheit und die Disziplin der großen deutschen sozialdemokratischen Partei.

Die Bezirkskommission für das Westf. Westfalen: Dortmund-Hörde, Bochum-Gelsenkirchen, Recklinghausen-Vorfen, Hamm-Sooft, Barendorf-Rüdinghausen, Münster-Corsfeld, Haus-Teddenburg, Arnsberg-Diße-Neischebe.

## Abgeordnetenhaus.

118. Sitzung vom Mittwoch, den 23. Juni 1915, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Delbrück, v. Schorlemer, v. Loebell, Dr. Penze.

Auf der Tagesordnung steht der

### Bericht der Budgetkommission über kriegswirtschaftliche Fragen.

Abg. Dr. Giesch (L.)

Berichtet über den ersten Teil:

#### Volksernährung.

Der Redner erörtert zunächst die Frage der Kartoffelversorgung und betont, daß sich ein Ueberfluß an Kartoffeln ergeben hat. Ein sehr erfreuliches Zeichen ist die allseitige Anerkennung der großen Bedeutung der Landwirtschaft für unsere Volksernährung. Auch ein revisionistischer Sozialdemokrat, Julius Kalkb., hat in den „Sozialistischen Monatsheften“ zum Ausdruck gebracht, daß wir es nur der in der zurückliegenden Zeit erfolgten Produktionssteigerung zu danken haben, wenn wir in diesem Kriege auch wirtschaftlich durchzuhalten in der Lage sind. Die lebhaftesten Meinungsverschiedenheiten ergaben sich in der Frage der Kriegsgetreidegesellschaft. Auch hier hat man sich nicht für eine Auflösung, sondern für eine Vervollkommenung des Bestehenden entschieden. Ueberkäufe der mit der Lebensmittelversorgung betrauten Stellen sollen nach einem Beschlusse der Kommission dem Reiche für Zwecke der Kriegsinvalidenfürsorge überwiesen werden. Zur Erhebung unserer Viehzucht ist man dazu übergegangen, belgische Pferde und solche aus den besetzten russischen Gebieten einzuführen.

Der Kriegsminister, der erluhrt wurde, Auskunft über gewisse Fragen zu erteilen, hat dies abgelehnt mit der Begründung, es handle sich bei den Heeresfragen um Reichsangelegenheiten, er habe keine Veranlassung irgendeinem einzelstaatlichen Parlament darüber Auskunft zu geben. (Abg. v. Pappenheim [L]: Hörl hört!) Der Kriegsminister ist aber nicht von „irgendeinem“ einzelstaatlichen Parlament um Auskunft erluhrt worden, sondern von dem Parlament des Einzelstaates, dessen Kriegsminister er ist. (Lebhaft Zustimmung.) Wir wollen hoffen, daß sich in dieser Frage ein Ausgleich in Zukunft wird finden lassen. — Von größter Bedeutung nicht nur für den Krieg sondern für unsere ganze wirtschaftliche Zukunft sind die Veruche des Geheimrats Delbrück im Institut für Gärungsgewerbe, wertvolle Futtermittel in Gestalt von hochwertighaltiger Nährstoffe herzustellen. — Der Arbeitermangel auf dem Lande soll durch weitergehende Beschäftigung von Kriegsgefangenen in kleineren Abteilungen beseitigt werden. Im Hinblick auf eine zuverlässige Schätzung der bevorstehenden Ernte hat die Kommission großes Gewicht auf eine gute Erntestatistik gelegt. Mit Befriedigung hat sie feststellen können, daß die nötigen Vorbereitungen auf diesem Gebiet von der Regierung bereits getroffen sind. (Bravo!)

Ueber den zweiten Teil.

#### Lage der Industrie.

erstattet den Kommissionsbericht

Abg. Girsch-Essen (natl.)

Auf der Tribüne fast unverständlich bespricht der Redner kurz die allgemeine Lage der Industrie sowie die Fragen der Beschaffung von Rohstoffen, der Lieferungen an das Ausland, der Herstellung und des Abfluges von Kriegsmaterial und die Arbeiterfrage. — Das deutsche Wirtschaftsleben hat sich in diesem Kriege glänzend bewährt. Hoffentlich stehen wir nach Beendigung des großen Kampfes größer, stärker und unabhängiger da als vorher. (Bravo!)

Abg. Lippmann (Sp.)

Berichtet über die Fragen des

#### Handels und Geldverkehrs.

Der Handel hat durch den Krieg am meisten gelitten. Die Lieferanten für die Heeresverwaltung haben allerdings teilweise ganz enorme Verdienste zu verzeichnen gehabt, vielfach auf Wegen, die der ehrbare Kaufmann ablehnt. (Sehr richtig!) — Die Beschlagnahme der Reichtümer hat infolge der zu niedrigen Preisfestlegung den Handel sehr geschädigt. Großhändler standen der Konfiskation ihres Vermögens gegenüber. Nach den Erklärungen des Ministers dürfte bald Abhilfe zu erwarten sein. — Ganz unbegründet ist die Steigerung der Zuckerpresse. Angesichts der Tatsache, daß bisher 20 Proz. des Zuckers nach England ging, mußte auch, wenn mehr Zucker als sonst verfüttert wurde, genug Zucker für die Bevölkerung vorhanden sein. Hier hat die Kommission energische Maßnahmen der Regierung verlangt. — Sehr günstig ist der Goldbestand der Reichsbank. Er beträgt jetzt 1170 Millionen mehr als bei Ausbruch des Krieges. — Das Ziel, den unheimlichen deutschen Kaufmann vom Weltmarkt zu vertreiben, wird England nicht erreichen. Wenn uns ein siegreicher Friede beschieden sein wird, dann wird der deutsche Kaufmann wieder zeigen, was Tüchtigkeit und Zähigkeit auf dem Weltmarkt bedeutet. (Bravo.)

Abg. Dr. Boenisch (Z.)

Berichtet über die Verhandlungen betreffend die

#### Lage des Handwerks

und begrüßt vor allem den durch den Krieg herbeigeführten Zusammenschluß des Handwerks zur Uebernahme von Kriegslieferungen. Ferner erörtert der Redner die in der Kommission gleichfalls verhandelte Frage der Lage des städtischen Grundbesitzes. Die Kommission hat u. a. Maßnahmen zur Erleichterung des städtischen Realcredits sowie Neubearbeitung eines Wohnungsgefehwurfs verlangt.

Abg. Dr. Schröder-Rassel (natl.)

Berichtet über die

#### Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer.

Eine ganze Reihe von Lieferungsverbänden hat sich entgegen dem klaren Wortlaut des Gesetzes auf die Gewährung der gelegentlichen Mindestsätze bedrängt. Die Kommission hat einmütig das Vorgehen dieser Lieferungsverbände verurteilt. — Der Begriff der Bedürftigkeit darf nach Meinung der Kommission und der Regierung keineswegs engherzig vom Standpunkt der armen rechtlichen Verwaltung ausgelegt werden. — Der Minister hat erklärt, daß im Aufsichtsweg eingeschritten werden könne, wenn etwa Lieferungsverbände ihre Pflicht nicht erfüllen und zu engherzig verfahren. (Bravo!)

Die weitere Berichterstattung und die Besprechung der Berichte wird vertagt auf Donnerstag 11 Uhr.

Unter lebhaftem Beifall verliest Präsident Graf Schwerin-Löwis ein namens des Abgeordnetenhauses abzusendendes Glückwunschktelegramm an den Oberbefehlshaber der österreichischen Armee zur Wiedereroberung Lemberg. Schluß 3/4 Uhr.

# Gewerkschaftliches.

## Die Gewerkschaften bei der Berufsberatung und Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte.

In einer am Dienstag abgehaltenen Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission gab Genosse Cohen einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten in Berlin. Zunächst erinnerte er daran, daß der in der vorigen Sitzung der Gewerkschaftsvertreter in dieser Angelegenheit gefasste Beschluß den gewünschten Erfolg hatte. Es ist verhindert worden, daß die in mancher Hinsicht unzureichende Vorlage des Magistrats von der Stadtverordnetenversammlung ohne Kommissionsberatung angenommen wurde. Die Vorlage wird jetzt in der Kommission beraten. Es handelt sich im wesentlichen um die Frage, wie die mit der Fürsorge zu betreuenden Körperpersonen zusammengefaßt werden sollen. Die Arbeiten der Kommission sind zwar noch nicht abgeschlossen, aber es kann bestimmt erwartet werden, daß die den städtischen Körperpersonen unterbreiteten Wünsche der Gewerkschaften berücksichtigt, also Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen in die Körperpersonen aufgenommen werden, denen die Fürsorge für die berufliche Beschäftigung der Kriegsbeschädigten obliegt. Sowohl der Oberbürgermeister Weremuth als auch der zuständige Dezentrat, Stadtrat Dr. Preuß, haben bei ihren Besprechungen mit den Gewerkschaftsvertretern volles Verständnis für deren Wünsche gezeigt. Soweit die Stadt Berlin in Frage kommt, ist eine zweckmäßige Organisation der Fürsorge gesichert. Vertreter der Arbeitgeber, der Arbeiter, des Magistrats und ärztliche Berater werden in den betreffenden Körperpersonen zusammenwirken, um die Kriegsbeschädigten hinsichtlich der Berufswahl zu beraten und ihnen Arbeit zu beschaffen. In welcher Weise die Arbeitsbeschaffung organisiert werden muß, dafür ist das Abkommen in der Metallindustrie Vorbildlich, welches am Dienstag im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde. Es ist anzunehmen und zu wünschen, daß die Arbeitsbeschaffung auch in den anderen Berufszweigen in ähnlicher Weise geregelt wird. In dieser Richtung dürften sich auch die Arbeiten der städtischen Kommission bewegen.

Während es gelungen ist, mit den städtischen Behörden Berlins ein Einverständnis zu erzielen, war dies mit den Vorortgemeinden leider nicht möglich. Sie gehören zur Provinz Brandenburg und müssen in der vorliegenden Angelegenheit den Beschlüssen der Provinzialbehörden folgen, die auf einem wesentlich anderen Standpunkt stehen als die Vertretung der Stadt Berlin. So wird also die Zusammenfassung der Fürsorgekörperpersonen und demgemäß auch ihre Wirksamkeit in den Gemeinden Groß-Berlins eine ganz andere sein als in der Stadt Berlin. Aber wenn die Arbeit der Fürsorgekörperpersonen erst beginnt, dann wird sich zeigen, daß die Gemeindegrenzen nicht streng beachtet werden können. So würde sich ein praktisches Zusammenarbeiten aller Gemeinden Groß-Berlins von selbst ergeben, wie auch die Beschlüsse der Provinzialorganisation lauten mögen. — Die in Groß-Berlin zuständigen Kriegsbeschädigten werden nach ihrer Entlassung aus dem Lazarett derjenigen Gemeinde zugewiesen, wo sie vor ihrer Militärzeit wohnten. Die Wohngemeinde soll die Sorge für die Unterbringung des Beschädigten in einen Beruf übernehmen. Das wird aber oft nicht leicht sein, denn in Groß-Berlin wohnt man doch häufig in einem anderen Ort als in dem, wo man arbeitet. Die Unterbringung würde also leichter sein in dem Ort, wo der Beschädigte früher gearbeitet hat. Alles das macht ein Zusammenarbeiten der Gemeinden Groß-Berlins notwendig. Das sieht man auch an den maßgebenden Stellen in den Vororten ein und ist deshalb auf den Gedanken gekommen, neben den örtlichen Fürsorgekörperpersonen eine besondere Instanz, eine Ausgleichsstelle, ins Leben zu rufen. Sie soll die Aufgabe haben, die Kriegsbeschädigten, die in ihrer Wohngemeinde nicht gearbeitet haben, derjenigen Gemeinde zu überweisen, wo sie zuletzt in Arbeit standen. Da sollen dann die kommunalen Arbeitsnachweise versuchen, die Betroffenen bei den Unternehmern, wo sie früher beschäftigt waren, wieder unterzubringen, oder wenn das nicht möglich ist, an einer anderen Arbeitsstelle. Diese Ausgleichsstelle ist eine sehr unpraktische, viel erfolglose Arbeit verursachende Einrichtung. Eine Arbeitsgemeinschaft aller Gemeinden Groß-Berlins würde das einzige Mittel sein, um alle Schwierigkeiten in der Fürsorge zu überwinden.

Noch schwieriger wie die Arbeitsbeschaffung ist die Frage der Berufsberatung zu lösen. In der Provinz Brandenburg ist es Sache des Oberpräsidenten und der obersten militärischen Behörde, zu bestimmen, wer als Berufsberater hinzugezogen wird. Vorschläge kann man machen; ob sie aber berücksichtigt werden, darüber befinden die Behörden. Ein Vertreter der kaufmännischen Organisationen hat sich als Berufsberater vorschlagen lassen. Er hat darauf vom Landesdirektor v. Winterfeldt den Bescheid bekommen, daß dem Berufsberater nicht für die Provinz oder einzelne Teile derselben, sondern für die einzelnen Reservelazarette und den ihnen angeschlossenen Anstalten bestellt werden. — Das bedeutet also, daß die Personenkreise, die nach Beruf und Lebensstellung in erster Linie als Berufsberater in Frage kämen, ausgeschaltet werden. Dagegen will man wohl Geistliche, Damen vom Roten Kreuz sowie sonstige wohlmeinende, aber im praktischen Leben wenig erfahrene Leute als Berufsberater heranziehen. Die Art, wie die Provinz Brandenburg die Frage der Berufsberatung zu lösen sucht, verdient den entschiedensten Widerspruch, denn sie kann das, was durch die Berufsberatung erreicht werden soll, nicht erreichen.

An den maßgebenden Stellen der Stadt Berlin hat man — das zeigt die bisherige Behandlung der Angelegenheit — volles Verständnis dafür, wie die Berufsberatung gehandhabt werden muß. Man wird die Männer der Praxis übertragen, Angehörigen der verschiedensten Berufe, die gemeinsam mit Vertretern der städtischen Behörden ihre Aufgabe erfüllen sollen, nämlich die Kriegsbeschädigten den für sie geeigneten Beruf zu zuführen und wenn notwendig, für die Erlernung eines neuen Berufes zu sorgen. Stadtrat Dr. Preuß hat die Vertretung der Arbeitnehmerorganisationen ersucht, ihm 150 bis 200 Personen als Berufsberater vorzuschlagen. Das wird natürlich geschehen. Außer den freien Gewerkschaften werden auch die anderen in dieser Angelegenheit mit ihnen zusammengehörenden Organisationen ihre Vorschläge einreichen. — Genosse Cohen ersuchte die Vertreter der Gewerkschaften, ihm baldigst eine entsprechende Zahl von Berufsberatern aus ihren Kreisen anzugeben. Auch die Mit-

arbeit von Frauen ist zu begrüßen, soweit sie von der Sache, mit der sie sich befassen sollen, etwas verstehen. — Der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, welcher die Kriegsbeschädigtenfürsorge endgültig regeln wird, steht zwar noch aus, man sieht aber, daß der richtige Weg eingeschlagen wird.

Genosse Brückner betonte schließlich noch, es wäre zu wünschen, daß nach dem Beispiel der Metallarbeiter auch die anderen Berufsgruppen versuchen würden, mit den Arbeitgebern Vereinbarungen über die Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte zu treffen.

## Berlin und Umgegend.

### Die Berichterstattung vom Berliner Arbeitsmarkt.

Die vom Statistischen Amt der Stadt Berlin und vom Verband Märktischer Arbeitsnachweise bisher gesondert herausgegebenen Wochenberichte über den Beschäftigungsgrad und Arbeitsmarkt Groß-Berlins im Krieges erscheinen im neuesten Bericht zum ersten Male zu einem Ganzen vereinigt.

Die Zahl der versicherungspflichtigen Mitglieder von 288 Krankenkassen Groß-Berlins stieg in der Woche vom 5. bis 12. Juni von 1 127 040 auf 1 127 740 d. i. um 700 oder 0,06 Proz. Die Zunahme ist ausschließlich durch das weibliche Geschlecht herbeigeführt, welches ein Mehr von 2519 oder 0,44 Proz. aufweist, während bei den Männern eine Abnahme um 1819 oder 0,33 Proz. eingetreten ist. Weithin lagen die Verhältnisse bei den 28 Allgemeinen Ortskrankenkassen, wo die im ganzen feststehende Zunahme um 744 oder 0,11 Proz. das Ergebnis wiederum einer Zunahme bei den Frauen um 1108 oder 0,28 Proz. und einer Abnahme bei den Männern um 359 oder 0,18 Proz. ist. Bei den 207 gewerblich gegliederten Krankenkassen ergab sich im ganzen eine Vermehrung um nur 177 oder 0,04 Proz. Im einzelnen hervorzuheben ist die auch hier durch das weibliche Geschlecht hervorgerufene Steigerung des Beschäftigungsgrades in der Metall- und Maschinenindustrie um 704 oder 0,86 Proz.

Bei 39 Verbänden der freien Gewerkschaften ist die Zahl der bei ihnen ermittelten Arbeitslosen von 3780 am 7. auf 3888 am 14. Juni gesunken. Die Veränderungen sind im einzelnen meist nur von geringer Bedeutung.

Auch die Berichte der Arbeitsnachweise lassen für die Zeit vom 6. bis 12. Juni 1915 nur geringere Veränderungen gegenüber der Vorwoche erkennen. Die Zahl der neuvergebenen weiblichen Stellen suchenden hat ein wenig abgenommen. Eine lebhaftere Nachfrage bestand für Arbeiterinnen zur Herstellung von Kriegsbedarf. Bei den Groß-Berliner Arbeitsnachweisen (Berlin, Charlottenburg, Neukölln, Wilmersdorf) betrug die Summe aller Vermittlungen in der männlichen Abteilung 3851 (gegen 3951 in der Vorwoche), in der weiblichen Abteilung 2144 (2393). Für männliches Personal waren 4745 (4711) offene Stellen vorhanden, für weibliches 2926 (2924). An Arbeitsuchenden wurden 4815 (4976) Männer und 3217 (4021) Frauen gezählt.

## Aus Groß-Berlin.

### Veröffentlichung militärischer Angelegenheiten.

Das Oberkommando in den Marken bringt nachstehende Bestimmungen erneut in Erinnerung: „Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 habe ich für den Bezirk der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg bestimmt, daß Veröffentlichungen und Mitteilungen militärischer Angelegenheiten verboten sind. Es haben dennoch Veröffentlichungen über die Gesamtverluste des deutschen Heeres und der deutschen Marine stattgefunden, die, wenn sie auch auf das amtliche, in den Verlustlisten enthaltene Material Bezug nahmen, noch nicht Anspruch auf Richtigkeit erheben konnten und zum Teil weit übertriebene Zahlenangaben. Derartige Mitteilungen sind geeignet, grundlose Beunruhigung in der Bevölkerung hervorzurufen und auch im Auslande unrichtige Vorstellungen über die deutschen Verluste wachzurufen. Ich verbiete daher ausdrücklich alle derartigen Veröffentlichungen ohne Unterschied. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre geahndet.“

Das diesjährige Milchfest der Waisenkinder der städtischen Anstalt in Rummelsburg fällt des Krieges wegen aus. Das Milchfest ist eine alte historische Einrichtung für die Berliner Waisenkinder. Ob der Ausfall dieses herkömmlichen Kinderausflugs so sehr notwendig ist, möchten wir bezweifeln.

### Vorschriften bei Reisen nach den Ostseebädern.

Amlich wird berichtet: Für den Ausweis der Persönlichkeit zum Besuch der Seebäder sind folgende Erleichterungen zugelassen: An Stelle des Passes genügt ein polizeilicher Ausweis, der mit einer Personalbeschreibung, eigenhändiger Unterschrift und mit einer Photographie des Inhabers aus neuester Zeit und einer amtlichen Bescheinigung darüber versehen sein muß, daß der Inhaber tatsächlich die durch die Photographie dargestellte Person ist und die Unterschrift eigenhändig vollzogen hat. Für Familien genügt ein Familienausweis, dem die Photographien von Personen über zehn Jahren beizulegen sind, auch eigenhändige Unterschrift ist erst von diesem Alter an erforderlich. Hauspersonal und nicht zur Familie gehörige Kinder können in dem Ausweispapier der Familie, mit der sie zusammen reisen, mit aufgenommen werden. Ein deutscher Paß genügt als Ausweis, wenn er den Vorschriften des § 3 Absatz 1 der kaiserlichen Verordnung vom 18. Dezember 1914 entspricht.

Ferienzüge nach dem Osten. Feriensonderzüge werden nicht bloß einzeln zu ermäßigten Fahrpreisen, sondern auch fortlaufend ohne Ermäßigung zur Bewältigung des Ferienverkehrs vom 30. Juni bis zum 20. August an bestimmten Tagen verkehren. Sie laufen als Vorzüge oder als Nachzüge zu fahrplanmäßigen Zügen. In der Richtung von Berlin geht z. B. ein D-Zug von Friedrichstraße 3.18 nachm. bis Dirschau vom 30. Juni bis 7. Juli, dann wieder vom 15. bis 20. Juli, dann wieder vom 15. bis 20. Juli und vom 29. Juli bis zum 20. August täglich. Von Danzig nach Berlin läuft ein D-Zug an denselben Tagen. Er trifft an der Friedrichstraße 6.00 nachm. ein. Personenzüge gehen an bestimmten Tagen nach Schneidemühl schon von Charlottenburg, oder vom Alexanderplatz, oder auch erst vom Schlesienschen Bahnhof. Ueber die ganze Stadtbahn laufen Personenzüge nach Küstrin-Neustadt. In umgekehrter Richtung laufen Personenzüge über die ganze Stadtbahn aus Schneidemühl und Küstrin-Neustadt.

„Referendar von Heidebring“ nannte sich ein Hochstapler, der durch einen Zufall verhaftet wurde. Der junge Mann wohnte in einem Hotel ersten Ranges in der Nähe des Potsdamer Bahnhofes und ging in einem schneidigen Sportanzug, Sporen an den braunen Stiefeln, aus. Seine Krust schmückte das Band des Eisernen Kreuzes. Neben der Hotelwohnung hatte der Cavalier noch ein möbliertes Zimmer in Neukölln gemietet. Zum Begleiten traf er aber weder hier noch dort Anstalten. So besah die Kriminalpolizei Veranlassung, sich mit ihm zu beschäftigen. Da erliegen während seiner Vernehmung im Polizeipräsidium in einer anderen Angelegenheit ein Kraftfahrzeugführer, der sich erstlich freute, den jungen Cavalier wiederzusehen. Er hatte ihn vom Hotel aus stundenlang umhergefahren, bis die Rechnung 30 M. betrug, dafür aber keinen Pfennig erhalten konnte. Jetzt wurde „Referendar von Heidebring“ wegen Fahrpreisverletzung gleich festgenommen. In seinem Hotelzimmer fand man außer einem

schönen Anzug noch einen Unteroffiziersrock. Der Verhaftete erklärte das damit, daß er als Junker in einem Regiment gestanden habe, krank entlassen, habe er sich im Lazarett unglücklich gefühlt und deshalb sei er auf Abenteuer ausgegangen. Der junge Mann gab jetzt den abligen Referendar auf, nannte sich dann Kühne und will nun endlich Seidel heißen.

### Der Brand eines Stallgebäudes

rief in der Nacht zum Mittwoch die Berliner Feuerwehr nach der Hochstr. 83. Den Hausbewohnern gelang es, die gefährdeten Pferde rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Der Stall mit Futtervorräten brannte zum größten Teil aus. — Kurz vor Schluss der vorgestrigen Vorstellung kam im Zirkus Schumann Feuer aus. Durch einen herabfallenden Feuerwerkskörper entzündete sich an mehreren Stellen der Rasenteppich in der Manege. Die anwesende Feuerwache löschte die Flammen. Das Publikum blieb ruhig.

### Zu wenig städtische Fleischwarenverkaufsstellen!

Die von der Stadt Berlin in der Kriegszeit geschaffenen besonderen Einrichtungen für Verkauf von Lebensmitteln sind im wesentlichen den Markthallen angegliedert. Zum Kleinverkauf der durch die Stadtverwaltung aufgeschickten Kartoffelvorräte wurden anfangs nur die Markthallen und dann noch ein paar Lagerplätze benutzt, und in den Markthallen werden jetzt auch die für Rechnung der Stadt angekauften Fleischwaren festgehalten. Den Kartoffelläufern war es eine willkommene Erleichterung, daß man schließlich auch Ladengeschäfte als städtische Kartoffelverkaufsstellen einrichtete. Die Kunden der städtischen Fleischwarenverkaufsstellen warten noch darauf, daß man ihnen ein gleiches Entgegenkommen erweist. Kartoffeln sind schwer und keine Frau schleppt gern ihre 10 Pfund eine halbe Stunde weit, schon deshalb lieh hier die Heranziehung von Ladengeschäften sich auf die Dauer nicht umgehen. Der Speck und Schmalz laufen will, nimmt vielleicht eher mal einen weiten Weg als unermessliche, wenn auch nicht angenehme Zugabe hin. Das Verdröhnliche ist nur, daß wegen der in neuerer Zeit erfolgten Schließung mehrerer Markthallen manche Stadtteile vollständig von den städtischen Verkaufsstellen für Fleischwaren abgeschnitten sind. Eine Klage hierüber geht uns aus dem Stadtteil Gesundbrunnen von einer Heimarbeiterin zu, die bei ihrer sie von früh bis spät in Anspruch nehmenden Erwerbstätigkeit den zeitraubenden Weg nach der Markthalle des Wedding als harte Zumutung empfindet. Wir können ihr nur beistimmen und sie in dem Wunsch unterstützen, daß man auf dem jetzt stark bedrückten Gesundbrunnen, der schon vor anderthalb Jahrzehnten seine Markthalle einbüßte, auch für den Fleischwarenverkauf einige Ladengeschäfte heranziehen möge. Dieselbe Rücksichtnahme wäre noch etlichen anderen Stadtteilen zu wünschen, die keine Markthalle in der Nähe haben. An Bäden, die leer stehen, fehlt's ja in Berlin jetzt nicht. Da könnte nötigenfalls die Stadt selber Bäden mieten.

### Beim Spielen überfahren und getötet

wurde gestern der 8 Jahre alte Knabe Erwin Wunderlich aus der Komintener Str. 11. Der Kleine tummelte sich dort auf dem Hofe mit anderen Kindern aus dem Hause und geriet mit dem Kopf unter das Rad eines Kohlenwagens, der sich unvermutet in Bewegung setzte. Er wurde überfahren und auf der Stelle getötet. Die Revierpolizei beschlagnahmte die Leiche und ließ sie nach dem Schauhaufe bringen.

Ein Kriegsschwinder, der die Pensionate brandsticht, tritt in verschiedenen Stadtvierteln auf. Es ist ein Mann von 28—30 Jahren, der sich Dr. med. Jonathan Ernst August Werner nennt. Der Schwinder, der zu seiner bürgerlichen Kleidung das Band des Eisernen Kreuzes trägt, erzählt, daß er aus Wien stamme, den großen Krieg in Frankreich und Rußland mitgemacht habe und jetzt Armeebesitzer des 18. Korps wäre. Nach einem Zettel hat er sich auch Freiherr von Strauß genannt. Er ist mittelgroß und blond, hat einen blonden, kurz geschnittenen Schnurrbart und einen „Schmäh“ auf der linken Wange, geht gut gekleidet und zieht ein Wein etwas nach.

Die Kriegs-Kinderpflege des Zentralkomitees vom Roten Kreuz sucht Kriegskinder in den Ferien auf dem Lande unterzubringen, wenn möglich unentgeltlich oder auch gegen bescheidenes Entgelt. Meldungen zur Aufnahme werden erbeten nach dem Bureau der Abteilung X, Berlin W 9, Leipziger Platz 18, II.

### Das erste Kriegsinvalidenheim in der Mark.

Das allen Berlinern wohlbekannte herrlich gelegene Schloß Falkenberg bei Grünau mit seinem über 30 Morgen großen Park und Obst- sowie Gemüsegartenanlagen wird als Invalidenheim eingerichtet werden.

### Straßenunfälle.

Vor dem Hause Lutzstr. 29 lief die 4jährige Martha Schmorlowitz kurz vor einem herannahenden Straßenbahnzug der Linie 12 auf das Gleis und wurde angefahren. Die Kleine geriet unter den vorderen Schutzhaken und erlitt eine Fleischwunde am linken Oberschenkel und eine Verletzung am Arm. Die Verunglückte fand im nahen Moabit Krankenhaus Aufnahme.

Vor dem Hause Brunnenstr. 18 wußte der 15jährige Max Dorband auf einem Dreirad kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 8 das Gleis zu kreuzen. Er wurde jedoch von dem Bahnwagen erfasst und umgestoßen und trug einen Bruch des rechten Oberarmes davon. Der Verunglückte ließ sich auf der nächsten Unfallstation einen Notverband anlegen und begab sich nach seiner Wohnung.

Ein Waldbrand wütete am Montagmorgen in der Frohnauer Forst. Das Feuer brach am sogenannten Jägersteig östlich der Drantenburger Chaussee aus und breitete sich außerordentlich schnell aus, so daß in kürzester Zeit über sechs Morgen Baumbestand brannten. Die freiwilligen Wehren von Frohnau und Hohen-Neuendorf waren bald zur Stelle und vermochten ein weiteres Umschlagreifen des Waldbrandes zu verhindern.

Ein gefährlicher Kinderfreund wurde von der Neuköllner Kriminalpolizei unbeschädigt gemacht. Ein 29 Jahre alter Buchdrucker Max Lutz aus der Pflückerstraße, der wegen Sittlichkeitsverbrechen schon bestraft ist, lockte in der letzten Zeit besonders in Neukölln Kinder an sich und verging sich an ihnen. Jetzt gelang es der Kriminalpolizei den Wüstling zu fassen. Sie führte ihn gestern dem Untersuchungsrichter vor.

Alte Nachrichten. Aus Liebesgram hat sich der zwanzigjährige Trainisoldat Walter L. aus Neukölln das Leben genommen. Während er bei seinen Eltern auf Urlaub weilte, erlösch er sich in der Baubensolonie „Nübezahl“ in der Teupitzer Straße. — Gestern nachmittag fuhr an der Grottestraße unter der Heberführung der Potsdamer Wanneseebahn ein junges Mädchen auf einem Rade mit einer Cyklolette zusammen. Das Automobil kippte um und begrub das Mädchen unter sich. Der Venzinhalter des Automobils fing Feuer, ebenso die Bluse des jungen Mädchens. Ein vorübergehender Soldat sprang hinzu, hob die Cyklolette hoch und befreite die Verunglückte. Sie wurde in einer Droschke von einem Beamten gebracht. — Ein 64 Jahre alter Fischer aus der Drantenstraße erhängte sich an einem Latteversschlag auf dem Boden; er war schon tot, als eine Hausgenossin ihn auffand.

# Aus den Gemeinden.

## Lebensmittelinterpellation in Neukölln.

Unsere Vertreter in der Neuköllner Stadtverordnetenversammlung haben für die heute stattfindende Sitzung folgende Interpellation eingebracht:

„Die städtischen Körperschaften mögen beschließen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die Verteilung der Lebensmittel in Zukunft in einer für die städtische Bevölkerung und Kommuniten zweckmäßiger Weise vor sich geht; des Weiteren dahin zu wirken, daß die unmaßigen und unbegründeten Erhöhungen der Fleischpreise entgegengewirkt werde.“

## Zusatzbrotkarten in Charlottenburg.

Wie in Berlin und den übrigen Groß-Berliner Gemeinden werden vom 25. Juni ab auch in Charlottenburg Zusatzbrotkarten für die schwer arbeitende Bevölkerung ausgestellt. Anträge auf Erteilung von Zusatzbrotkarten sind am Donnerstag oder Freitag jeder Woche bei der zuständigen Brotkommission zu stellen.

## Aus der Tegeler Gemeindevertretung.

In der letzten Sitzung machte der stellvertretende Vorsitzende Schöffe Reichelt u. a. auch Mitteilung von der Verwendung der dem Roten Kreuz überwiesenen 1000 M., wobei sich herausstellte, daß Tegel, infolge der am Orte befindlichen großen Lazarett, für Krankentransporte und Verpflegung ungewöhnlich hohe Aufwendungen machen mußte. Eine bessere Verteilung jener hohen Kosten auf weitere Kreise soll bestritten werden. Der Grundbesitzerverein Tegeler-Jördische-Konradshöhe hat sich mit einer Eingabe an den Landrat gewandt, um die von Schloß Tegel ausgehende Chauffee zu einer sogenannten Kreischauffee umzuwandeln. Der Landrat hat darauf angeordnet, welche Beiträge Tegel eventuell leisten würde. Der Gemeindevorstand schlägt vor, die Angelegenheit der Gemeinde-Vollversammlung zu überlassen, da Tegel nicht in so hohem Maße Interesse habe an diesem fast ausschließlich nur durchgehenden Ausflügerverkehr. Einige Gemeindevertreter hoben dagegen hervor, daß die hiesigen Geschäftsleute doch sehr interessiert seien an einem vermehrten und verbesserten Verkehr nach diesen vielbesuchten Ausflugsorten. Genosse Massa wandte sich aus prinzipiellen Gründen gegen eine Unterstützung aus Gemeindegeldern, da dann auch andere anliegende Gemeinden mit ähnlichem Verlangen kommen könnten. Tegel selbst sei noch sehr bedürftig an Straßenerweiterungen. Die Vertretung lehnte dem auch zunächst jede Beihilfe ab und überläßt dem Grundbesitzerverein die weitere Verfolgung der Sache. — Von unseren Genossen wurde verlangt, aus der ziemlich umfangreichen Tagesordnung der geheimen Sitzung mehrere Vorlagen öffentlich zu behandeln. Die Mehrheit war jedoch unter Anführung aller Gründe dagegen; nur die Unterstützung der Jugendkompanie wurde noch öffentlich erörtert. Deren Vorsitzender, Gefängnisdirektor Röder, ersuchte um 2-300 M. Die Vertretung bewilligte 200 M., nachdem von unseren Vertretern eine Verzichtserklärung aller Organisationen gewünscht wurde, die sich der Jugendpflege widmen und nicht, wie in diesem Falle nur bestimmte Gruppen herausgegriffen werden. Der Gemeindevorstand stellte eventuelle Gleichstellung in Aussicht, wenn derartige Anträge im wasserländischen Interesse gestellt würden. Ferner wurde noch öffentlich verhandelt eine Eingabe der beiden hiesigen Lokalblätter „Anzeiger“ und „Nachrichten“. Sie verlangen, daß die durch die Kriegsbekämpfungen u. a. der verschiedenen Behörden entstandene Mehrleistung an Raum außerhalb der gewöhnlichen Pauschale honoriert werde, da die Unkosten für Papier, Löhne und andere Materialien so bedeutend gestiegen seien, daß mit der bisherigen minimalen Entschädigungen nicht auszukommen wäre. Die Vertretung war damit einverstanden, daß im Monat Juli ein Preis von 20 Pf. gewährt werden soll. In diesen Versuch sollen weitere Feststellungen geknüpft werden, um den Wünschen der Potenten entgegen zu kommen.

# Aus Industrie und Handel.

## Regelung der Getreideversorgung in Oesterreich.

Wien, 23. Juni. Heute werden durch kaiserliche Verordnung die erforderlichen Maßnahmen für die Sicherstellung des Bedarfes an Mehl und Brot aus der neuen Ernte getroffen. Gleichzeitig wird auch das abgeänderte Statut der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt veröffentlicht. Die Regierung ist nach eingehender Prüfung und Erwägung auch anderer Möglichkeiten zu dem Schluß einer monopolistischen Ordnung des Getreideverkehrs gekommen. Durch § 1 dieser Verordnung wird die inländische Getreideernte für 1915, und zwar Weizen, Spelz, Roggen (Korn), Gerste, Buchweizen und Mais aller Art, mit dem Zeitpunkt der Trennung vom Ackerboden für beschlagnahmt erklärt. Die Beschlagnahme erfolgt zugunsten des Staates, der als Träger des gesamten Versorgungsdienstes erscheint. Die Beschlagnahme hat die Wirkung, daß die beschlagnahmten Gegenstände weder verarbeitet, verbraucht, veräußert noch freiwillig oder zwangsweise veräußert werden dürfen, sofern nicht in der vorliegenden Verordnung oder durch besondere Vorschriften andere Anordnungen getroffen werden. Ferner werden Bestimmungen über die Zulässigkeit gewerblicher Verwendung von Getreide- und Mahlprodukten getroffen, wofür Malzfabriken, Brauereien und Teigwarenfabriken in Betracht kommen. Die beschlagnahmten Gegenstände übernimmt die Kriegsgetreidegesellschaft bzw. ihre in den einzelnen Kronländern zu errichtenden Zweigstellen. Die Kriegsgetreidegesellschaft ist verpflichtet, zum Kauf angebotenes mahlfähiges Getreide anzukaufen und bei Abnahme zu bezahlen. Erfolgt die Abnahme nicht sofort, so ist bei Kaufabschluß eine Anzahlung bis zur Höhe von 50 Proz. des Kaufpreises zu leisten und der Rest nach Maßgabe der weiteren Abnahme zu entrichten. Der Besitzer der beschlagnahmten Gegenstände ist verpflichtet, diese, soweit sie ihm nicht nach den getroffenen Bestimmungen zu verbleiben haben, an die Kriegsgetreidegesellschaft oder deren Beauftragte zum festgesetzten Uebernahmepreise zu verkaufen. Entsprechend der Verkaufsspflicht sind auch Zwangsmaßnahmen vorgesehen. Die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe werden wie bisher für ihre eigenen Zwecke das beschlagnahmte Getreide und Mehl in einer nach der Verbrauchsregelung festgesetzten Menge verbrauchen dürfen. Die Unternehmer dieser Betriebe dürfen die zur Aussaat notwendigen Getreidemengen verwenden, wobei das Höchstmaß des zurückgehaltenen Saatgutes behördlich festgesetzt wird. Entsprechend dem staatlichen Charakter des neuen Systems der Verkehrsregelung werden sowohl die Uebernahme wie die Verkaufspreise der Kriegsgetreidegesellschaft staatlich bestimmt. Die Getreidebesitzer sind verpflichtet, den Ausdruck vorzunehmen, die Mühlen sind zur Aufbewahrung und Ausmahlung des Getreides verpflichtet. Der Minister des Innern bestimmt die Grundzüge, wonach die verfügbaren Vorräte dem Verbrauche zuzuführen sind. Was die höheren täglichen Verbrauchsmengen an Brot und Mehl betrifft, so kann die Reuegelung erst nach Feststellung des Ergebnisses der neuen Ernte stattfinden. Es ist aber beabsichtigt, für die Zwischenzeit eine Erhöhung für schwer arbeitende Personen, wie Erntearbeiter und gewisse Industriearbeiter festzusetzen. Da alle Zwischenglieder der Preisbildung staatlich oder von der Kriegsgetreidegesellschaft festgesetzt werden, so kann auch eine wirksame obrigkeitliche Bindung der Kleinverkaufspreise erfolgen, weshalb die Behörden in der Verordnung nunmehr verpflichtet werden, die Verkaufspreise festzusetzen.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neukölln. Für den

## Englisches Ausfuhrverbot.

London, 23. Juni. (W. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das Unterhaus hat sich in allen Lesungen mit dem Gesetz befaßt, das die Ausfuhr beschränkt. Es soll ihm Ende der Woche eine Kabinettsorder folgen, durch welche die Ausfuhr aller Güter nach den Niederlanden, außer solchen an den Obersee-Trust verboten wird. Dasselbe Gesetz kann auch auf andere neutrale Staaten angewendet werden. Im Laufe der Debatte sagte der Unterstaatssekretär des Äußeren, Robert Cecil, die Regierung wünsche zu verhindern, daß Deutschland Baumwolle erhalte, gleichzeitig aber die geschlichen Rechte der Neutralen zu schützen. Wie die Geschichte der letzten zehn Monate lehre, wäre es wenig klug, wenn England gegenüber den Neutralen nicht fair und gerecht handelte. Die Schwierigkeit der Frage sei, wie die beiden Standpunkte zu kombinieren seien. Freyman (Unionist) sagte namens des Handelsamts, daß schon seit längerer Zeit eine teilweise Abschaffung solcher Art mit dem Obersee-Trust bestehe, die nach Berichten der Konsuln befriedigende Ergebnisse hatte. Das vorgeschlagene Gesetz solle dem Durchfuhrhandel nach Deutschland durch Holland, den es zweifellos gebe, ein Ende machen, wenn es auch nicht möglich sei, solchen Handel vollständig zu verhindern. Die Bill sei nicht nur auf Holland anwendbar, sie passe auch für andere neutrale Länder. Die Importeure in diesen Ländern würden vielleicht den Vorteil eines solchen Abkommens einsehen und ähnliche Vorbegehungen wünschen. Die Bill berühre die Frage der Kontierbande nicht. Sie sehe für Adressaten und Schiffer Strafen bis 500 Pfund Sterling oder zwei Jahren Gefängnis vor. Später erklärte Freyman, man wolle nicht nur die einzelnen Frachten, sondern auch die Gesamteinfuhr jedes Artikels nach neutralen Ländern im Auge behalten und die Ausfuhr jedes Artikels verhindern, von dem mehr noch einem Lande geht, als es normalerweise braucht.

# Soziales.

## Weihnachtsgratifikation und Ruhegehaltskasse der V. E. W.

Ein Maschinist, der in den Berliner Elektrizitätswerken beschäftigt war, bekam laut Anstellungsvertrag eine Weihnachtsgratifikation, wovon aber nur ein Drittel ausgezahlt wurde, während die übrigen zwei Drittel aufgeschrieben und verzinst wurden. Auf diesen Teil der Gratifikation sollte der Maschinist aber nur dann Anspruch haben, wenn er nicht vor Ablauf von fünf Jahren die Stellung aufgibt. Er ist aber schon früher ausgetreten, weil er sich durch den Maschinenmeister beleidigt fühlte, und klagte nun beim Gewerbegericht auf Auszahlung des ihm geschuldeten Teils der Gratifikation, sowie von 25 Prozent der zur Ruhegehaltskasse der V. E. W. geleisteten Beiträge. 75 Prozent der Beiträge sind dem Kläger bei seinem Austritt zurückbezahlt worden. Die Einbehaltung der übrigen 25 Prozent entspricht dem Statut der Ruhegehaltskasse, welches bestimmt, daß die vollen Beiträge erst zurückgezahlt sind, wenn das Arbeitsverhältnis länger als zehn Jahre dauert. Der Kläger begründete seinen Anspruch damit, daß das Arbeitsverhältnis nicht durch seine Schuld, sondern infolge der Beleidigung durch den Maschinenmeister vorzeitig gelöst wurde. Andernfalls hätte er nicht ausgetreten. Die beklagte Firma erhob hinsichtlich der Ansprüche an die Ruhegehaltskasse den Einwand der Inzuchtigkeit des Gewerbegerichts, weil die Kasse als eine dem Gesetz über die Privatversicherung unterstehende Einrichtung eine juristische Person sei, die nur bei dem ordentlichen Gericht verklagt werden könne. Demgegenüber bemerkte der Kläger, er sei der Kasse nicht aus eigenem Willen, sondern auf Grund seines Arbeitsverhältnisses beigetreten, die Beiträge seien ihm vom Lohn abgezogen worden, die Firma sei deshalb zur Erstattung derselben heranzuziehen. — Das Gewerbegericht erklärte sich hinsichtlich des Anspruchs an die Ruhegehaltskasse für unzuständig und wies die Klage auf Auszahlung des einbehaltenen Teils der Gratifikation zurück mit der Begründung: Wenn der Kläger mit Fug und Recht das Arbeitsverhältnis vor Ablauf von fünf Jahren gelöst hätte, dann würde er Anspruch auf Auszahlung der einbehaltenen Gratifikation haben. Es lag aber kein berechtigter Grund zur Arbeitsniederlegung vor, denn wenn die Äußerung des Maschinenmeisters für den Kläger beleidigend gewesen sein sollte, so habe dieser — wie er selbst zugab — die Beleidigung auf der Stelle erwidert. Dadurch sei der gesetzliche Grund zur sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses aufgehoben worden.

## Verweigerung des Gehaltes trotz schwerer Erkrankung.

Verzinstete Großunternehmungen, welche die Rechtswohlthat des § 63 des Handelsgesetzbuchs (sechs Wochen Gehalt bei Erkrankung) vertraglich ausschließen, betonen dabei regelmäßig, daß sie von der Klausel nur Gebrauch machen, wenn der Angestellte nach ihrer Ansicht simuliere, daß sie aber bei wirklicher Krankheit das Gehalt zahlen. Das dem nicht so ist, lehnte ein vor der zweiten Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelter Prozeß gegen die Firma Jandorf u. Co. Die Klägerin, Verkäuferin A., erkrankte Mitte März an schwerer Luftröhrenentzündung, an dem sie noch bis in den Mai hinein laborierte. Am der Firma nicht unnütz zur Last zu fallen, kündigte sie wegen ihrer Krankheit die Stellung. Auf ihren eigenen Wunsch ließ sie sich auch vom Vertrauensarzt der Firma, Dr. Weile, behandeln. Wie dieser in der Verhandlung bekundete, konnte an der Arbeitsunfähigkeit der schwer erkrankten Klägerin gar kein Zweifel bestehen. Trotzdem verweigerte die Beklagte das April-Gehalt, indem sie sich auf den Gehaltsausschluß berief.

Das Kaufmannsgericht hielt die Vereinbarung über den Gehaltsausschluß im Krankheitsfalle für ungültig und sprach dem § 63 des Handelsgesetzbuchs bindende Kraft zu. Die Firma wäre in voller Höhe zur Bezahlung verpflichtet worden, wenn nicht die Klägerin aus freien Stücken ihre Forderung vergleichsweise auf die Hälfte, 50 M., ermäßigt hätte.

# Berichtszeitung.

## Eine Schwindelfirma.

„Centrale der Preussischen Hypotheken-, Spar- und Kreditkassen Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 61“ lautete der hochtönende Name einer Schwindelfirma, deren Begründer Richard Faulhaber gestern aus längerer Untersuchungshaft der 2. Strafkammer des Landgerichts III vorgeführt wurde, um sich auf die Anklage wegen unlauteren Wettbewerbes und Betruges in zahlreichen Fällen zu verantworten. Faulhaber ist ein völlig mittelloser Mann, der schon den Offenbarungseid geleistet hat. Er war früher Werkmeister in einer Gärtnerei und hat sich als solcher fleißig und redlich durch die Welt gebracht. Die Bekanntschaft mit einem Geldvermittler trieb ihn dazu, sein Handwerk aufzugeben und sich als „Bankier“ zu inszenieren, d. h. auch Darlehen zu vermitteln. Er betrieb dieses Geschäft feinerzeit in der Friedriehstr. 207 mit ungenügendem Erfolge, hatte aber das Pech, wegen unlauteren Wettbewerbes verurteilt zu werden. Dann wollte er im Großen arbeiten und so eröffnete er die „Centrale der Preussischen Hypotheken-, Spar- und Kreditkassen“ für die er bald in Zeitungsannoncen, noch mehr aber in großartigen Prospekten die Werbetrommel rührte. Der Erfolg war, daß zahlreiche Personen, die Hypotheken- und Darlehensgelder suchten, mit ihm in Verbindung traten, er sich am Kaiserdamm eine Wohnung zum Mietpreise von 2000 M. zulegen konnte und seine Lebenshaltung sich so gebiegen gestaltete, daß sein jetzt mitangeklagter Geschäftsführer ihn wirklich für einen sehr wohlhabenden Mann hielt. Der Prospekt verkündete in den höchsten Reklamationen, daß die „Centrale“ auf dem Gebiete der Gew-

gewährung wohl das größte Geschäft dieser Art sei und geradezu erstaunliche Erfolge aufzuweisen habe, was nur ihren weitgehenden Verbindungen in Bank- und Finanzkreisen zuzurechnen sei. Die Personen, die mit dem Angeklagten in Verbindung traten, ahnten nicht, daß die „Centrale“, die ihren Namen später in „Allgemeine deutsche Vereinsbank“ umänderte, ein Institut war, das der Staatsanwalt gestern als „Schwindelunternehmen“ bezeichnete, sie glaubten vielmehr, daß es sich um ein öffentliches Institut handelte mit eigenem, weit ausgedehntem Bankgeschäft und daß die Firma mit dem hochtrabenden Namen selbst die Geldgeberin sei. So erfüllten sie ohne Bedenken die Bedingung, daß zunächst eine „Prüfungsgebühr“ von 15, 20, auch 50 M., je nach der Höhe des erbetenen Darlehens, gezahlt werden mußte. Damit war zumeist das ganze Geschäft erledigt und der Angeklagte strich diese „Prüfungsgebühr“ ein, die Darlehen wurden in den allermeisten Fällen nicht gewährt, konnten auch gar nicht gewährt werden, weil die „Centrale“ gar keine Mittel besaß. Im geizigen Termin wurden circa 40 Betrugsfälle verhandelt. Der Staatsanwalt bezeichnete das Treiben des Angeklagten als äußerst gemeingefährlich und von einer Niedrigkeit der Gesinnung zeugend, da es dem Angeklagten darauf angekommen sei, gerade arme Leute anzulocken und in gewissenloser Weise auszubeuten. Der Staatsanwalt beantragte deshalb 2 Jahre 6 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft, und verurteilte den mitangeklagten Angestellten wegen Beihilfe zum unlauteren Wettbewerb zu 400 M. Geldstrafe.

## Postaussteller sind nicht Beamten im Sinne des Gesetzes.

Mehrfach hat das Reichsgericht entschieden, daß Postaussteller, auch wenn sie durch Handschlag verpflichtet wurden, nicht als Beamte im Sinne des Gesetzes anzusehen sind. Vom Landgericht II Berlin war am 31. März ein solcher Postaussteller, der sich Briefmarken angeeignet hatte, welche auf Feldpostsendungen geklebt waren, wegen Amtsunterschlagung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auf seine Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Der Angeklagte wird nun nach § 133, 2 des St.G.B. verurteilt werden, der mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten denjenigen bedroht, der antlich ihm übergebene Gegenstände vorsätzlich beiseite schafft.

# Aus aller Welt.

## Ein russischer Mönch als Massenmörder.

Die Schweizer Blätter aus Petersburg melden, ist der in ganz Südrussland berühmte Raubmörder Nikolaus Arimuschka auf die plötzliche Anzeige eines Klosterbruders in der Strassenbahn von Kiew verhaftet worden. Dem „Rufjoke Slowo“ nach ist Arimuschka der Sohn eines Generals. Im Kiewer Seminar war Arimuschka ein fleißiger Student. Doch schon damals begann er sich mit Afsichtsumus zu befassen. Das Seminar verließ Arimuschka ganz plötzlich und flüchtete nach dem Königsberge Aihos. Dort verbrachte er als Klosterbruder einige Jahre, bis er nach Kiew zurückkehrte. In Kiew trat Arimuschka in der Rolle eines professionellen Verbrechers auf. Er begann seine „Karriere“ mit kleinen Diebstählen; nach und nach wurde er zum Mörder. Er wurde zur lebenslänglichen Katorga verurteilt und nach Sibirien transportiert. Doch bald gelang es ihm, aus dem Gefängnis zu entfliehen, und er wurde ein „Bauernknecht“ für ganz Russland. Mehr als fünfzig große Raubmorde hat Arimuschka in Russland ausgeführt. Er wurde zum Tode verurteilt. In einem Dorfe machte Arimuschka die Bekanntschaft mit einem Popen. Auf diesen Popen hat er einen solchen Einfluß ausgeübt, daß dieser mit Arimuschka nach dem Transbaikaischen Gebiet in Sibirien ging. Dort gründeten sie beide eine Mönchsbrüder, von der aber die Brüder bald benachrichtigt wurden. Arimuschka war aber wieder verschwunden, so daß die Behörden ihn nicht finden konnten. Jetzt bei der Verhaftung in Kiew war der Raubmörder Nikolaus Arimuschka als Pope verkleidet und wurde, wie gesagt, zufälligerweise von einem Klosterbruder erlarmt.

## Sechs Personen bei einer Pulverexplosion getötet.

In den Pulverfabriken von Cramer u. Buchholz in Kibeland (Harz) flogen zwei Hütten in die Luft. Sechs Personen wurden dabei getötet. In den übrigen Hütten ist der Betrieb nicht gestört.

## Wahnsinnstakt einer Mutter.

In dem unterhalb Mainz gelegenen Vororte Ludenheim hat sich ein aufregender Vorfall abgespielt: Die Frau des Arbeiters Valentin Weith warf ihren acht Jahre alten Sohn in den Rhein und sprang dann selbst in den Strom. Durch Pioniere wurde die Frau aus dem Wasser gezogen, während das Kind ertrunken ist. Die Frau hat vor kurzem in einem Anfall von Wahnsinn ihr drei Jahre altes Kind zu ertränken versucht. Sie war damals zur Beobachtung ihres Geisteszustandes einer Irrenanstalt zugeführt worden.

## Eine Familie durch Käse vergiftet.

Eine Familie durch Käse vergiftet. Die aus Luxemburg depechiert wird, haben sich in der Ortschaft Muncheder eigenartige Vergiftungsfälle ereignet. Eine Familie bereite sich „Schneekäse“; sie schüttete die Milch zum Abkühlen in ein zerzacktes Eisenblechgefäß und ließ sie stehen. So erzeugte die saure Milch in Verbindung mit dem Zink ein Gift, das in den Käse überging. Mutter, Tochter und drei Söhne aßen von dem Käse und erkrankten sofort unter heftigen Schmerzen. Die Tochter starb sofort. Die Mutter und die Söhne befinden sich in fast hoffnungslosem Zustand.

# Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Mononen Lindenstr. 3, 17. Hof rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Wunsch und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnennenshaltung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und verglichen bringe man in die Sprechstunde mit.

## Berta 100. Rein. — S. 6. 39.

Ohne größere malitiose Einwirkung unmöglich. — S. 6. 91. Fragen Sie beim Deutschen Reichsarbeiter-Bund, Lindenstraße 83/85, an. — S. 606. Gibt es nicht. — S. 6. 14. Wegen chronischem Gelenksrheumatismus dienstunfähig. Sie sind aus jedem Dienstverhältnis entlassen und werden sicher nicht mehr eingezogen. — S. 6. 42. Die Reklamation muß bei der Steuerkasse eingezogen. — S. 6. 19. Das kommt im wesentlichen auf die Bedingung des Nachtrages an. Ist darin festgelegt, daß die Ware zu Tagespreisen geliefert werden muß, so kann darüber hinaus nicht mehr verlangt werden. Im anderen Falle muß die Frau ihren Anspruch an den Kunden stellen und eventuell geschäftlich einlagern. — S. 6. 50. 1. Für den Garnlohn dienst oder als Armerungsarbeiter können Sie immerhin verwendet werden. 2. 3. und 4. Rein. — S. 6. 346. Rentkolln. Ein solcher Antrag ist an das Bezirkskommando zu richten. Wenn der gefallene Sohn für Ihren Unterhalt nicht beigetragen hat, haben Sie keinen Anspruch auf Kriegsernte. — S. 6. 17. 1. Nach Ihrer Mitteilung ist der Brief doch noch Eigenläufer des Hauses, infolgedessen muß die Räumung auch ihm zugestimmt werden. 2. Sie werden voraussichtlich nicht mehr nachgemutert. — S. 6. 3. Der Antrag dienstunfähig. — S. 6. 21. Von 11-1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr, Sonntag von 11-1 Uhr.

## Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmorgen.

Überall warm, vorwiegend heiter und trocken; nur im Süden häufige leichte Gewitter.